

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter



Antifaschismus
Der geistige Bürgerkrieg

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Antifaschismus

Der geistige Bürgerkrieg

**Vorwort von Heinrich Lummer
Innensenator und Bürgermeister a.D.**

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage März 2010

2. Auflage Mai 2010

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg

Telefon 040 / 299 44 01 – Telefax 040 / 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

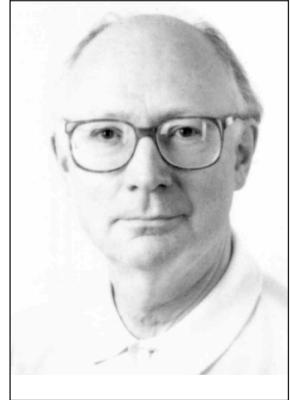
Spenden-Konto:
Postbank, BLZ 200 100 20, Konto 333 33 205

Druck:
SZ-Druck, St. Augustin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Der Autor	5
Vorwort von Heinrich Lummer	7
Einleitende Bemerkung zur 2. Auflage	9
1. Warum ist der Antifaschismus gefährlich?	11
2. Geschäftemacherei mit dem Antifaschismus	16
3 Die Ursprünge	25
4. Verfall der Ideologien	31
5. Psychologie des Antifaschismus und der Antifaschisten	34
6. Die außenpolitische Funktion des Antifaschismus, seine innenpolitische Wirkung	37
7. Was wollen wir?	53
8. Was haben wir zu erwarten, zu fürchten, zu hoffen?	56
9. Zusammenfassung für den eiligen Leser	59
10. Literaturübersicht	61

Der Autor



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Hans-Helmuth Knütter wurde 1934 in Stralsund geboren.

Studium der Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin.

Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, seit 1996 im aktiven Ruhestand.

Arbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Extremismus, insbesondere Linksextremismus und Antifaschismus. Deutschfeindlichkeit. Politische Ideen.

Zeitweilige Gutachter- und Lehrtätigkeit für staatliche Sicherheitsbehörden.

Ausgesuchte Veröffentlichungen:

- Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, 1962
- Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, 1971
- Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen...?, 1991
- Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind, 2000
- Handbuch des Linksextremismus - die unterschätzte Gefahr, 2002, mit Stefan Winckler
- Was der Verfassungsschutz verschweigt – Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutz-Bericht, 2007, mit Josef Schüßlburner

Vorwort

von Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen e.V.



„Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei.“ An diesen uralten Schlagertext sollte man sich manchmal auch bei der Bewertung aktueller politischer Fragen erinnern. Wie in allen Lebensbereichen, so verändern sich auch in der Politik Strukturen, Werte und Konventionen ständig. Wir leben in einer Zeit rasanter Wandlungen und häufiger Wenden. Das erschwert den Staatsbürgern die Orientierung. Mit aller Bescheidenheit hinsichtlich der Möglichkeiten und Wirkungen wollen wir hier einen Orientierungsversuch unternehmen.

Nichts wird bleiben, wie es ist, auch der hier betrachtete Antifaschismus nicht. Ist er wirklich wichtig, einer kritisch-distanzierten Analyse würdig? O ja, gerade wegen der wirren, von Umbrüchen staatlicher und moralischer Art arg strapazierten deutschen Geschichte und wegen des geschädigten Selbstbewußtseins der Deutschen. In dieser Broschüre werden die moralischen Ansprüche des Antifaschismus genauso beschrieben wie sein Mißbrauch zur politischen und finanziellen Geschäftemacherei.

Auch die Frage, wie auf diese Zumutungen abwehrend zu reagieren sei, wird behandelt. Hier wird noch einmal die Doppelfunktion des Antifaschismus in Erinnerung gerufen: Er hat einerseits eine moralische Komponente, die vor allem von unpolitischen Bürgern, Linksliberalen und kirchlichen Kreisen vertreten wird. Irgendwelche Gesellschaftsveränderungen erstreben sie nicht. Ihnen geht es vor allem um Moral in der Politik.

Die andere, politisch gefährliche Richtung wird von Linken vertreten: Der „Faschismus“ gilt ihnen als ein Ergebnis des Kapitalismus. Nur ein konsequenter Antikapitalismus, also eine sozialistische Zwangs-

ordnung, kann die angebliche „faschistische“ Gefahr bannen. Infolge des untrennbaren Zusammenwirkens der beiden Arten des Antifaschismus werden liberale und kirchliche Kreise in ein Bündnis mit der antikapitalistischen Linken eingespannt, das sie nie eingehen würden, wenn es nicht die moralische Rechtfertigung („Nie wieder Faschismus und Krieg!“) gäbe.

Warum gilt der Antifaschismus als gefährlich? Feindvorstellungen in der Politik haben schlimme Folgen. Sie liefern den Vorwand für einen kalten Bürgerkrieg. Sie verschaffen den Verfolgern eine moralische Tarnung gegen eine eingebildete Gefahr. Von der einflußlosen und von der Macht weit entfernten Rechten in der Bundesrepublik geht keine Gefahr aus.

Sie wird hochgespielt, um durch Unterdrückung, Meinungsmanipulation, Justizmißbrauch, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung die Bevölkerung zum gewünschten Verhalten zu bringen. Feindvorstellungen bewahren vor keiner Gefahr, sie sind die Gefahr. Das lehrt die deutsche Geschichte und davor soll auch diese Broschüre warnen.

Durch den Bundeshaushalt 2010 ist diese Bedeutung noch einmal unterstrichen worden. Die neue Familienministerin Kristina Köhler (CDU), die für den „Kampf gegen Rechts“ zuständig ist, wollte die entsprechenden Mittel kürzen, bzw. einen Teil davon für die Bekämpfung des Linksextremismus oder des ebenso gefährlichen Islamismus einsetzen.

Doch sofort gab es einen Aufschrei der Linken, und Kristina Köhler knickte ein. Auch weiterhin werden daher unglaubliche 24 Millionen Euro für den „Kampf gegen Rechts“ ausgegeben. Für Islamismus und Linksterror werden lediglich zwei zusätzliche Millionen lockergemacht, ein Alibibetrag.

Der Kampf gegen Rechts geht also immer weiter.

Berlin, im März 2010

Einleitende Bemerkung zur 2. Auflage

„Antifaschismus – Linksextremismus – ja, gibt es denn so etwas heute überhaupt noch?“ So dumm können manche unserer Zeitgenossen gar nicht selten fragen. Die systematische Bagatellisierung linker Kriminalität („am letzten 1. Mai sind die Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen“) und die sprachliche Verharmlosung links-extremer Gruppen („Linksautonome“ statt „Linksextremisten“) vernebeln unpolitische Gehirne und richten den Blick ausschließlich auf den Kampf gegen Rechts. Der Ausdruck „Linksfaschisten“ suggeriert, Gewalt sei ausschließlich eine Sache der Rechten.

Umso erfreulicher, dass die hier vorliegende Broschüre bereits nach wenigen Monaten eine Neuauflage erlebt. Es gibt also nach wie vor zahlreiche Staatsbürger, die sich nicht verdummen lassen und offen für die Korrektur des einseitigen Kampfes gegen Rechts eintreten. Gerade in den letzten Monaten konnte ein bemerkenswerter Wandel in Bezug auf die Einschätzung des Antifaschismus und Linksextremismus beobachtet werden.

„Linksextreme Gewalt wurde zu lange verharmlost“, erklärte die neue Bundesministerin Kristina Schröder. Es scheint auch so, dass sie nicht nur redet, sondern auch handeln will. Sie möchte einen allerdings sehr bescheidenen Betrag von fünf Millionen Euro zum Kampf gegen die extreme Linke locker machen. Sie tritt auch für die Bildung eines gesellschaftlichen Konsenses gegen den Linksextremismus ein. (Interview in der FAZ vom 30. 4. 2010). Na, warten wir mal ab, was aus den guten Absichten wird, wenn die Linksextremisten, sekundiert von ihren medialen *fellow travellers*, Protest schreien. Auch der Verfassungsschutz des rot-roten Berliner Senats hat sich gegen den Linksextremismus warnend ausgesprochen und eine ganz ausgezeichnete empfehlenswerte Broschüre veröffentlicht: „Linke Gewalt in Berlin 2003 – 2008“, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Nov. 2009, 84 Seiten. Ergänzt wird diese Broschüre durch eine 24 Seiten umfassende illustrierte und mit erschütternden Statistiken linker Gewalt versehene Dokumentation. Ein leitender Berliner Senatsbeamter verkündet dort klangvoll: „Wir brauchen dringend einen gesellschaftlichen Konsens, der linke Gewalt genau

so deutlich ächtet wie rechte Gewalt ... (Dies) ist nur möglich, wenn sich alle demokratischen Parteien und Repräsentanten anderer für das demokratische Gemeinwesen bedeutsamer Organisationen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eindeutig von linker Gewalt distanzieren ... Diese Botschaft richte ich bewusst auch an Teile derjenigen, die zur demokratischen Linken gehören. Auch sie tragen Verantwortung für die Ächtung linker Gewalt. ...“ (Staatssekretär Thomas Härtel).

Es gilt jetzt, diesen Absichten Taten folgen zu lassen. Nach allen bisherigen Erfahrungen mit den etablierten politischen Richtungen, die 20 Jahre (oder mehr) gebraucht haben, um wenigstens verbal zu den zitierten Einsichten zu kommen, ist größte Skepsis angebracht. Gerade deshalb sind solche Broschüren wie diese nötig. Sie sind nur ein Tropfen, aber immerhin. „Das weiche Wasser bricht den harten Stein“, sagte Bertolt Brecht einst. Er sagte allerdings nicht, dass das weiche Wasser dazu 10 000 Jahre braucht. Soviel Zeit haben wir nicht. Wir müssen **jetzt** die harten Bretter der Borniertheit bohren, die allzu viele Zeitgenossen vor dem Wirrkopf tragen. Deshalb gilt: Einseitigkeiten, wie den Kampf gegen Rechts ausgleichen! Nichts gefallen lassen! Aufklären! Nicht nachlassen, auch wenn nur wenige erreicht werden.

1. Warum ist der Antifaschismus gefährlich?

1990, kurz nach der deutschen Vereinigung, traf ich in Hannover einen bekannten CDU-Politiker auf einer Tagung, wo ich über den Wandel von der „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung zur „antifaschistisch-volksdemokratischen“ Grundordnung sprach. Er sagt zu mir: „Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Sozialismus und Antifaschismus sind doch so tot, toter geht es gar nicht.“

Der Herr hat sich, wie das in der CDU öfter vorkommt, kräftig geirrt. Jetzt wird so getan, als gäbe es nur eine rechte Gefahr. Und viele Dumme fallen darauf herein. Da sind ein paar Beispiele angebracht: Autos abfackeln in Berlin, 1.-Mai-Krawalle in Berlin, Hamburg, verletzte Polizisten. Warum bleiben die loyal?

Wenn linker Terror toleriert und verharmlost wird, rechter aber verfolgt wird, wenn's noch gar keiner ist, dann erfolgt eine Linksentwicklung, hin zur „antifaschistisch-volksdemokratischen Ordnung“.

In diesem ersten Abschnitt wollen wir prüfen, ob die Aussage der Kritiker des Antifaschismus, er sei gefährlich, zutrifft. Was heißt denn Gefahr? Und für wen und was?

Die bewegte deutsche Geschichte ist reich an sozialen, politischen und weltanschaulich-religiösen Unruhen. Unter den Deutschen entstand eine Mentalität, sich stets vor irgendeinem Untergang zu ängstigen, den sprichwörtlichen „Untergang des Abendlandes“ zu erwarten. Meistens lebt der Untergangskandidat ganz komfortabel weiter. Oft handelt es sich beim „Untergang“ um einen ganz normalen Wandel, wie er immer und überall stattfindet. Zu den Gegensätzen, die in Deutschland das Zusammengehörigkeitsgefühl belasteten und innere Spannungen hervorriefen, gehören:

- Stammesgegensätze – die Stämme waren vor dem politischen Zusammenschluß zu einem Gesamtstaat vorhanden;
- Konfessionsgegensätze;
- soziale Gegensätze, nämlich Stadt gegen Land, Arm gegen Reich, Bürgertum gegen Adel, Proletariat gegen Bürgertum (im 19. und 20. Jahrhundert);

- Demokratie gegen Absolutismus (im 19. Jahrhundert, eine Folge der Französischen Revolution);
- politisch-ideologische Gegensätze zwischen den weltanschaulich gebundenen Parteien im 19. und 20. Jahrhundert;
- Verschärfung dieser Parteienspaltung im 20. Jahrhundert.

Sicher hat es nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo diese und ähnliche Gegensätze insbesondere in der Neuzeit gegeben. Wir brauchen an dieser Stelle nicht die in der Geschichtsdeutung beliebte Frage zu wiederholen, ob es in Deutschland Sonderwege gegeben und die oben zusammengestellten Spannungen sich hier besonders ausgewirkt haben. Was den Antifaschismus angeht, so spielt er gewiß in Deutschland wegen der „Bewältigung der NS-Vergangenheit“ eine besondere Rolle, die ihn und seine Wirkungen von anderen Ländern unterscheidet.

Die negativen Auswirkungen des Antifaschismus sollen hier für die frühe Geschichte der Bundesrepublik an einem Beispiel erläutert werden. Es handelt sich um den gescheiterten Versuch eines VVN-Verbotes im Jahre 1962. Der Versuch endete mit einer schweren Blamage der Adenauer-Regierung und einer Niederlage des Rechtsstaates.

Am 23. Oktober 1959 hatte die Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ eingereicht. Am 17. August 1956 war die KPD verboten worden, die Durchsetzung der VVN mit (früheren) KPD-Mitgliedern war genauso offenkundig wie die Fortsetzung der KPD-Politik und Agitation durch diese Vereinigung. Die Bundesländer Hamburg und Rheinland-Pfalz hatten die VVN bereits verboten. Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht endete blamabel für die Bundesregierung. Bereits am zweiten Verhandlungstag im Dezember 1962 beschloß das Gericht, das Verfahren nicht fortzusetzen. Mit der Begründung, es gehe darum, im „Dritten Reich“ begangenes Unrecht zu sühnen, verlangte das Gericht von der Bundesregierung die Abwägung, ob gegen eine Organisation von Verfolgten ein Verbot mit der Konsequenz von Strafsanktionen erlassen werden dürfe. Damit wurde die Tätigkeit von Verfassungs-

feinden bagatellisiert, wenn deren Tun antifaschistisch aufgeputzt war. Was tatsächlich hinter diesem Verhalten steckte wurde bekannt, aber nicht offiziell zugegeben: Der Präsident des Gerichts, Prof. Fritz Werner, der die Verhandlung leitete, war wegen seiner NS-Vergangenheit kommunistischen Angriffen ausgesetzt. Der VVN-Sekretär von Niedersachsen, August Baumgarte, ebenfalls früheres KPD-Mitglied, hatte verbreitet, Werner habe seit 1933 der SA angehört. Neben Zitaten aus der Dissertation Werners übte er Druck mit der Drohung aus, weitere Beschuldigungen gegen andere Bundesrichter zu verbreiten.

Der Abbruch des Prozesses wurden sowohl von der Bundesregierung wie von der Öffentlichkeit ohne große Erregung hingenommen – bezeichnend für den Wandel des politischen Klimas seit dem KPD-Verbot 1956. Seither war der Antifaschismus eine wirkungsvolle Waffe im politischen Tageskampf geworden. Es zeigte sich, daß Politik und Justiz in Westdeutschland mit Antifa-Propaganda manipulierbar waren. Wer erpreßbar ist, wird erpreßt. Das geschah auf nationaler wie internationaler Ebene bis zum Ende des „Realsozialismus“ 1989/91 zunehmend.

Die vom Antifaschismus ausgehende Gefahr liegt in seiner Pseudomoral. Er diene der westdeutschen Linken (Teile der SPD und des DGB eingeschlossen) als Vorwand für die kritische Distanz zur westlichen Wirtschafts- und Sozialordnung. Es erfolgte eine Annäherung an das „realsozialistische“ System des Ostblocks. Dessen Unzulänglichkeiten, ja, Verbrechen, wurden antifaschistisch bagatellisiert. Das westliche System, die Bundesrepublik, sei faschistisch oder wenigstens „faschistoid“ (darunter konnte man sich alles und jedes vorstellen) oder post- oder präfaschistisch. Jedenfalls sei der Realsozialismus moralisch besser, da antifaschistisch und damit humanitär. Auf diese Weise wurde jedes Verbrechen – Menschenraub, Mauerbrand, Gulag, Menschenhandel (Häftlingsfreikauf) moralisch übertüncht. Der Antifaschismus erwies sich als nützliches Totschlagsinstrument, weil Kritiker der Linken als „Faschisten“ diffamiert und damit mundtot gemacht werden konnten.

Die westlichen Demokraten trifft insofern eine erhebliche Mitschuld, als sie mit Rücksicht auf das deutschlandkritische Ausland ebenfalls antifaschistische Bekenntnisse ablegen zu müssen meinten. Auf diese

Weise lähmten sie sich selbst bei der Bekämpfung der kommunistischen Instrumentalisierung des Antifaschismus.

Dieser Mißbrauch ist seit dem blamablen Zusammenbruch des „Realsozialismus“ 1989/91 beendet. Die westliche Linke aber benutzt den Antifaschismus als moralischen Hebel zur politischen Interessendurchsetzung weiter. Auch an der Selbst-Lähmung der sogenannten „bürgerlichen Demokraten“ hat sich nichts geändert.

Der vom Antifaschismus angerichtete Schaden besteht in der Zerstörung der Moral: Jede linke Schandtät gilt als gerechtfertigt, wenn sie nur antifaschistisch begründet wird. Es gab und gibt viele Naive, die auf den moralischen Schein des Antifaschismus hereinfallen, aber für seine kriminelle Seite blind sind - Beispiel: „Man mag gegen Stalin und seine Taten Manches einwenden. Aber er hat der Menschheit einen Dienst durch die Besiegung des Hitlerfaschismus erwiesen.“

Während „Links“ als gut gedacht, jedoch leider fehlerhaft gemacht, gerechtfertigt wird, erlebt der „Kampf gegen Rechts“ eine Ausdehnung auf immer neue, weitere Gebiete, um den Kessel propagandistisch am Kochen halten zu können. Zum Teil herrscht dabei ein unfreiwilliger schwarzer Humor: Vor Jahren gab es eine antikomunistische Vereinigung von Sowjetzonenflüchtlingen, den „Bund der Mitteldeutschen“. Dieser kürzte sich als „BMD“ und nicht etwa als „BDM“ ab mit der verbandsoffiziellen Begründung, man wolle nicht die gleiche Abkürzung wie die weibliche Hitlerjugend-Organisation, um antifaschistische Angriffe zu vermeiden. Man muß schon ein propagandageschädigtes Gehirn haben, um auf solche schnurrigen Ideen zu kommen. Oder man hat als gebranntes Kind nach üblen Erfahrungen mit ähnlichen Verrücktheiten eine übergroße Empfindlichkeit entwickelt. So etwas ist aber nicht etwa eine einmalige Ausnahme. Öfter wurde ernsthaft verlangt, Autokennzeichen, die bekanntlich aus Buchstaben und Zahlenkombinationen bestehen, zu vermeiden, wenn Assoziationen zum Nationalsozialismus möglich werden. Zum Beispiel bei der Buchstabenfolge HH (=Heil Hitler), NS, SA, SS, HJ. Ebenso bei Ziffernkombinationen wie 1933 oder, besonders grotesk: 88. Der achte Buchstabe des Alphabets, H, weist als HH auf „Heil Hitler“ hin. Alles dies ist nicht als Witz gemeint, sondern ernsthaft

vorgetragen worden. Als die ersten Äußerungen dieser Art bereits in den fünfziger Jahren auftauchten, war die verständliche Reaktion „Nichtbefassung wegen offenkundigen Schwachsinn“. Unterdessen haben sie sich durch Wiederholung verfestigt, ein Vorgang der Autosuggestion. Dieser schwarze Humor hat durchaus eine ernste Seite. Im Jahre 1999 erschien der dritte Band der Briefe des namhaften jüdischen Kabbala-Forschers Gershom Scholem (1897 – 1982) in dem an sich seriösen Verlag C.H. Beck, München. Darin ist dessen Briefwechsel mit Ernst Jünger verschwiegen. Der jüdische Schriftsteller und Philosoph Walter Benjamin hatte vor 1933 eine Korrespondenz u. a. mit dem Juristen Carl Schmitt und dem zur Konservativen Revolution gehörenden Ludwig Klagges. In der Briefedition Benjamins werden beide als Korrespondenzpartner verschwiegen. Es handelt sich hier um eine Zensur geistesgeschichtlicher Vorgänge aus antifaschistischem Interesse des Medien-Establishments. Peinlich wirkt diese Manipulation, weil sie – anders als in offen totalitären Systemen wie dem Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus – nicht auf Dauer geheimzuhalten ist, herauskommt und dann korrigiert werden muß, wenn auch mit Verspätung. So hat Lorenz Jäger in der FAZ (15. 5. 2009) nicht nur das Verhalten des C.H. Beck-Verlages kritisch dargestellt und einige der unterschlagenen Briefe veröffentlicht. Auch die Zeitschrift „Sinn und Form“ (Mai/Juni 2009) veröffentlicht den vollständigen Briefwechsel und entlarvt damit die Zensur, die es offiziell gar nicht gibt. Also: Der böse Wille zum Totschweigen läßt sich auf die Dauer nicht durchsetzen. Der Fall zeigt aber, wie es um Moral, Zuverlässigkeit, wissenschaftliche Objektivität bestellt ist, und daß man den Funktionären des Medienbetriebes weder moralisch noch intellektuell über den Weg trauen sollte.

Kehren wir zur Eingangsfrage zurück: Warum ist der Antifaschismus gefährlich? Weil er eine Vergiftung des öffentlichen Klimas bewirkt. Als Überwindung des Nationalsozialismus konzipiert, hat er durch die Art seiner Anwendung wie ein Medikament gewirkt, das durch unmäßigen Gebrauch Schaden statt Nutzen bewirkt hat.

„Versöhnen statt Spalten“ hat Bundespräsident Rau seinerzeit wohlklingend gefordert. Das sollte dem inneren Frieden dienen, und Südafrika hat mit seiner Art der Vergangenheitsbewältigung durch die

Wahrheitskommission gute Erfahrungen gemacht. Das von beiden Seiten in der Zeit der Apartheid begangene Unrecht blieb um der inneren Befriedung willen unverfolgt. Ähnlich ging man in Spanien nach dem Ende der Franco-Herrschaft vor. Das wäre im Deutschland des 20. und 21. Jahrhunderts unmöglich. Zwar gibt es hier eine Tendenz zur Versöhnung, besser: zur Bagatellisierung, aber nur nach „links“. Die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, wird behauptet, Verharmlosung der Stasi, Thälmann-Denkmäler bleiben erhalten, das Zeigen kommunistischer Symbole wird nicht als „Propagandadelikt“ kriminalisiert. Die Verfolgung nach „Rechts“ hingegen wird rechtlich und propagandistisch verstärkt. Ein Versöhnen zum Zwecke des inneren Friedens könnte begrüßt werden, wenn die Kriminalisierung nach „rechts“ und nach „links“ unterlassen würde. Da dies nicht geschieht und bei der in Deutschland verbreiteten Feindbild-Mentalität auch nicht zu erwarten ist, trägt der etablierte Antifaschismus zum inneren Unfrieden bei und erweist sich als Reinigungsmittel, das nicht nur den Schmutz, sondern auch die zu schützende Substanz angreift und schädigt.

2. Geschäftemacherei mit dem Antifaschismus

„Der Antifaschismus ist eine Fundamentalnorm, die zunehmend durch die Art der Anwendung negative Wirkungen entfaltet. Statt zu reinigen, vergiftet sie die politische Atmosphäre, so wie ein im Übermaß eingenommenes Medikament statt Heilung Krankheit bewirkt.“

So schrieb ich bereits in Anlehnung an einen Begriff von Hans Nawiasky im Jahre 1987 in einer Festschrift für Karl Dietrich Bracher.¹ Seither hat sich der Antifaschismus geradezu zu einem Fundamentaldogma entwickelt. Ein Dogma ist ein Glaubenssatz, dessen Anerkennung die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft ist. Nur wer sich in der Bundesrepublik als Gegner und noch besser als Opfer des „Faschismus“ bekennt, bewältigt glatt alle

¹ Festschrift für Karl Dietrich Bracher, S. 365

politischen Probleme. Wie so oft, ist auch hier die Moral Vorwand und Rechtfertigung bei der Durchsetzung politischer und finanzieller Interessen.

Wir wenden uns in diesem Abschnitt einem der schwierigsten und unerfreulichsten Kapitel unseres Themas zu. Schwierig, weil die finanziellen Zusammenhänge, die Verfilzungen der Antifa-Industrie schwer zu entflechten, kaum zu durchschauen sind. Man muß geradezu Philologie treiben, um das Gewirr der Tarnnamen zu durchschauen: Was heißen „Entimon“, „Exit“ und viele, viele ähnliche? Es soll 3000 bis 4000 „Initiativen“ geben oder gegeben haben, die am warmen Regen öffentlicher Förderung teilhatten. Unerfreulich ist das Kapitel, weil es von einer üblen Pseudo-Moral handelt, die harte Geschäftemacherei bemäntelt. Der Antifaschismus ist gegenüber den ersten Wellen nach 1945 und vor 1989 (damals betrieben von der Sowjetunion und der DDR) nicht wie erwartet zurückgegangen, sondern ausgeweitet worden, als unbegrenzter „Kampf gegen Rechts“. Da die Pressuren mit persönlicher „brauner“ Vergangenheit aus biologischen Gründen immer geringer wird, erfolgt nun die geschichtspolitische Ausschlichtung der Vergangenheit. Längst verstorbene Personen werden auf „unkorrekte“ Äußerungen überprüft und ggf. „ausgegrenzt“: Straßenbenennungen werden geändert [z.B. in Bayern wird der Name des evangelischen Bischofs Meiser (1881-1956) wegen NS-Nähe aus dem Straßenbild entfernt – im Jahre 2009!], Schulen werden umbenannt (Ernst Moritz Arndt, Paul von Hindenburg), Lexika werden „gesäubert“. Die Neuauflage eines älteren Literaturlexikons von Herbert und Elisabeth Frenzel wurde 2009 vom Deutschen Taschenbuch Verlag zurückgezogen, nicht etwa weil dort Formulierungen beanstandet wurden. Sondern weil die Autorin Elisabeth Frenzel in ihrer Dissertation antisemitische Äußerungen gemacht und im Lexikon einige linke Literaten unberücksichtigt gelassen habe. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß derartige geschichtspolitische „Säuberungen“ auch früher vorkamen. So wurde aus der biographischen Sammlung „Die großen Deutschen“, in den fünfziger Jahren neu aufgelegt, Ernst Moritz Arndt wegen nationalistischer Aussagen auf Betreiben des damaligen Mitherausgebers Theodor Heuss entfernt.

Die Hemmungslosigkeit antifaschistischer Geschäftemacher zeigt sich an der Bereitschaft, zu Fälschungen, wenn der tatsächliche

„Faschismus“ ausbleibt. Nicht vergessen werden sollten die Ereignisse im und um den sächsischen Ort Sebnitz. Dort sei in einem öffentlichen Schwimmbad, unter den Augen einer gleichgültigen Menge, ein kleiner Junge von Rechtsextremisten ersäuft worden. Die „demokratischen“ Medien - BILD und das Fernsehen – empörten sich, der damalige Bundeskanzler Schröder griff persönlich ein, drei Verdächtige wurden eingesperrt – dann stellte sich heraus: Der Knabe war eines natürlichen Todes gestorben. Die Antifa-Propaganda erwies sich als pure Hysterie. Hexenwahn des 21. Jahrhunderts. Dieser Fall blieb nicht der einzige, deshalb ist der Hinweis auf den Hexenwahn keine Übertreibung. In Düsseldorf wurde anno 2000 ein Anschlag auf eine Synagoge verübt. Wieder schaltete sich Bundeskanzler Schröder ein und rief zum „Aufstand der Anständigen“ auf. Darauf gehen die meisten der finanziell gut ausgestatteten, gegen „Rechts“ kämpfenden Initiativen zurück. Der Düsseldorfer Täter wurde entdeckt: Es handelte sich um einen moslemischen „Migranten“, also einen Ausländer ohne Bindung nach „Rechts“. Es ist hier weder Raum noch Zeit, alle diese Betrügereien zu erwähnen. Deshalb möge der Hinweis genügen, daß Wichtigtuer behaupteten, von „Nazis“ aus dem Zug gestoßen zu sein, „Rechte“ hätten ihnen mit dem Messer blutige Hakenkreuze in Gesicht und Körper geschnitten, weil sie sich todesmutig vor deren Opfer gestellt hätten – alles Schwindelbehauptungen, mit denen auf betrügerische Weise Ansehen, Prestige und finanzielle Förderungen, z. B. durch Preise, erstrebt und auch tatsächlich erreicht wurden. Es gibt auch Schriftsteller, die sich von der Veröffentlichung ihrer KZ-Memoiren gute Geschäfte erhofften, obwohl sie nie in einem solchen Lager waren. Es ist bezeichnend für die moralische Verfassung der Wissenschaft und der Medien in Deutschland, daß eine systematische Untersuchung und Dokumentation dieser Vorfälle bisher unterblieben ist. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung scheinbar indolent, das heißt gar nicht, reagiert: Zum inneren Frieden haben sie sicher nicht beigetragen, sondern das politische Klima nachhaltig, also zukunftsbezogen, vergiftet.

Zu einer besonderen Art der politischen Interessenvertretung durch Ausnutzung des Antifaschismus gehört auch der forcierte „Kampf gegen Rechts“ als Grunddogma der Linkspartei. Wenn sich auch die sogenannten „Bürgerlichen“ (von der ohnehin kooperationsbereiten

SPD und den Grünen abgesehen) zum Antifaschismus, statt, wie früher, zum Antitotalitarismus bekennen, dann rutschen die Linken automatisch als Bündnispartner an die Seite der Etablierten und schützen sich gegen die eigene passive Ausgrenzung unter der Kampfmarke „Antitotalitarismus“, die sich auch gegen sie richtet. Der Antifaschismus bietet der Linken die Garantie, in der Runde der „Anständigen“, des „demokratischen Parteienspektrums“ zugelassen zu sein.

Vor mehreren Jahrzehnten hat Jean Paul Sartre eine Schrift zum Antisemitismus veröffentlicht. Darin behauptet er, erst der Antisemit „mache“ den Juden. Nach Sartre ist unklar, wie, als was und wodurch ein Jude zu definieren ist. Der Haß des Antisemiten schafft eine Schreckensgestalt, deren scheinbare Bedrohlichkeit die eigenen Reihen schließt und die Notwendigkeit des politischen Kampfes rechtfertigt. Uns interessiert an dieser Stelle, Sartres Argumente aufzugreifen und auf den Antifaschismus zu übertragen. Deshalb sagen wir, erst der Antifaschist „macht“ den Faschisten. Die antifaschistischen Interessenvertreter und Geschäftemacher benötigen die Existenz eines ganz weit gefaßten „Faschismus“, weil sie nur durch ihn ihre Daseinsberechtigung beweisen und moralisch („die Anständigen“) rechtfertigen können.

Durch den „Kampf gegen Rechts“ können sie:

- materiell angenehm existieren, denn ihr Tun wird aus öffentlichen Mitteln in Millionenhöhe gefördert.
- macht- und personalpolitischen Einfluß sichern. Posten werden geschaffen oder vorhandene freigeschossen. Gegner werden propagandistisch lahmgelegt oder in die Defensive getrieben.
- sich vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit psychisch stabilisieren. Das eigene Tun wird moralisch begründet. Wenn zum Beispiel eine Thälmann-Gedenkstätte aus der Zeit der DDR beseitigt werden soll, folgt von der Linkspartei der Moralappell, hier werde einem Mordopfer der Nazis der schuldige Respekt versagt. Das lege die Faschismusvermutung nahe. In den meisten Fällen ist ein solcher Appell wirkungsvoll und erfolgreich.
- sich selbst ein pseudomoralisches Mäntelchen umhängen. Beispiel: Gegen Stalin könne man ja in der Tat Manches einwenden und

ihm Negatives vorwerfen. Aber man müsse ihm doch zugute halten, daß er wenigstens den „Faschismus“ besiegt habe. „Pseudomoralisch“, weil das Ausmaß der stalinistischen, das heißt kommunistischen Verbrechen auf diese Weise zum eigenen politischen Vorteil vernebelt wird. Wie weit selbst in ehrenhaften Kreisen eine solche Rechtfertigung gehen kann, zeigt Wolf Biermanns „Lied von den verdorbenen Greisen“. Darin rechnet er nach 1989 äußerst scharf mit den alten SED-Politbüromitgliedern ab. Auch Erich Honecker wird verurteilt. Aber es heißt auch über ihn: „Und dennoch bleibt da ein Rest von Respekt. Es haben Dich die verfluchten Faschisten elf Jahre in Brandenburg eingesteckt.“ Eine antifaschistische Opferrolle adelt und wiegt manches andere Schlechte auf. Diese Haltung ist weit verbreitet. Moral einerseits, Interessenvertretung und Geschäftemacherei andererseits sind zwei Seiten einer zusammengehörenden Sache.

Vor zehn Jahren, 1999, erschien ein brisantes Buch, das in der bekannten Weise von den bundesrepublikanischen Medien beschwiegen wurde. Das heißt, es wurde zwar nicht ganz und gar totgeschwiegen, aber nur sehr knapp erwähnt. Nach dem Satz „was nicht in den Medien ist, ist nicht in der Welt“, hatte es kaum öffentliche Wirkung. Der Autor Wolf Calebow war im konsularischen und diplomatischen Dienst der Bundesrepublik tätig. In den USA hatte er die Aufgabe eines diplomatischen Kontaktmannes zu den jüdischen Organisationen. Im Jahre 1999 veröffentlichte er seinen in mehrfacher Hinsicht brennend interessanten Erfahrungsbericht. Der war durchaus kritisch. Die übel bekannte Weise, selbst leise Anklänge von Kritik als Antisemitismus zu diffamieren, klappte in diesem Falle nicht, da Calebow ja den amtlichen Auftrag hatte, mit jüdischen Organisationen und Personen zusammenzuarbeiten. Das hat er auch durchaus erfolgreich, aber auch konfrontiert mit unbelehrbarer Böswilligkeit, getan. Den Etablierten erschien es deswegen wohl angebracht zu sein, am besten das Buch zu beschweigen, weil es keiner der üblichen Jubelberichte über deutsch-jüdische „Aussöhnung“ ist. Hier brauchen uns nur die Hinweise auf den Mißbrauch von Antifaschismus und Deutschfeindlichkeit zu politischer Pression zu interessieren. Ausführlich schildert Calebow die Hintergründe der Hetzkampagne gegen

den österreichischen Staatspräsidenten Waldheim², die manchen bundesrepublikanischen Politikern den Schreck in die Glieder gejagt haben dürfte, aus Furcht, ihnen könne Ähnliches geschehen. Bezeichnend auch das folgende Zitat:

„Die Masse der amerikanischen Juden sollte nach dem Willen führender Gruppen von dem erreichten Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel möglichst nichts erfahren. Der Grund dafür lag auf der Hand. Eine durch so eine Veröffentlichung unter Umständen bewirkte Verringerung der bedrohlich erscheinenden Düsternis, in der das Deutschenbild in den USA nach dem Willen dieser Gruppen gehalten werden sollte, hätte die Möglichkeiten der Instrumentalisierung des Holocaust für aktuelle politische Zwecke beeinträchtigen können. Zu deren Voraussetzungen gehört auch die Bewahrung eines nach wie vor bedrohlich erscheinenden Deutschlandbildes.“³

Dieses Beispiel lehrt: Es gibt zwei allerdings eng verwandte Arten von Geschäftemacherei und Interessenpolitik mittels Antifaschismus und Deutscheindlichkeit: Einmal werden politische Ziele erstrebt, zum anderen geht es um die Erlangung von finanziellen Zuwendungen oder von Posten.

Wann hat diese Entwicklung begonnen? Das Jahr 1992 ist im Hinblick auf die Funktion und Instrumentalisierung des Antifaschismus ein Wendejahr. Vorher, seit 1945, diente er neben ehrlichen Versuchen, die NS-Folgen zu überwinden, als außenpolitisches Pressionsmittel der UdSSR. Der heterogene Ostblock sollte mit antifaschistischen, zugleich antideutschen (bezogen auf die Bundesrepublik) Schreckensbildern zusammengehalten werden. Der DDR diente er der Anbindung an den Ostblock und der moralischen Selbstbestätigung. Die antideutschen Angriffe gegen den weiter bestehenden und bedrohlichen „Faschismus“ konnten sich nicht gegen sie richten, denn sie hatte den „Faschismus“ überwunden und gehörte damit zu den Siegern. Nur die kapitalistische Bundesrepublik war Hort des fortlebenden „Faschismus“, was sich in deren Personalpolitik äußerte.

² Wolf Calebow: Auf dem Weg zur Normalisierung, S. 57-67

³ Calebow, S. 84 f.

Mit dem Ende des „Ostblocks“ 1991 endete diese Propaganda. Jetzt trat der Kampf gegen die Ausländerfeindschaft an die Stelle der früheren außenpolitischen Instrumentalisierung. Allerdings spielte jetzt auch die Furcht vor dem vereinigten scheinbar erstarkten Deutschland eine Rolle. Deutschland sollte stets dienstwillig und gehorsam sein. Ironisch ausgedrückt: Militärisch möglichst schwächer als Luxemburg, aber stärker als die terroristische islamistische Weltbedrohung. Dieser Spagat war durch Einbindung Deutschlands in ein festes finanziell-ökonomisches, militärisches und politisches System zu erreichen. Der Antifaschismus spielte eine Nebenrolle, sollte aber immerhin das psychologische Klima bestimmen und deutsche Eigenmächtigkeiten verhindern. Bei dieser Einteilung blieben die frühen Phasen des Antifaschismus vor 1945 außer Betracht, aber zusammenfassend sollen sie hier erwähnt werden:

Erste Phase: 1922 – 1933: Der Antifaschismus dient den sozialistischen Ideologen als Erklärung für das Versagen der marxistischen Konzentrationstheorie. Die deklassierten Massen schlossen sich nicht, wie von der Theorie vorgesehen, dem marxistischen Sozialismus an, sondern liefen zum „Faschismus“ über.

Zweite Phase: 1933 – 1945: Der Antifaschismus rechtfertigte die Ablehnung des nationalsozialistischen Deutschland. Er bildete insbesondere 1941 – 1945 die Klammer des antideutschen Bündnisses der „Anti-Hitler-Koalition“ zwischen den kapitalistischen Westmächten und der sozialistischen Sowjetunion.

Nur die dritte Phase (1945 – 1991) und die vierte Phase (seit 1992) werden hier ausführlich behandelt.

Solange der „Realsozialismus“ existierte, also bis 1989/91, galt im politischen Westen, also auch in der Bundesrepublik, der gleichermaßen gegen den linken wie den rechten Extremismus gerichtete Antitotalitarismus. Mit dem Ende der sozialistischen Systeme und dem Zusammenbruch der östlich finanzierten Vereine und Verbände (DKP, VVN) verbreitete sich der Irrtum, der Rechtsextremismus habe zugenommen. Tatsächlich schien das nur so, weil der Linksextremismus zunächst schwächer geworden war. Ob es in den ersten Jahren nach 1991 eine finanzielle Unterstützung zum „Kampf gegen Rechts“ gegeben hat, wäre genauer zu untersuchen. Sicher ist, daß die CDU

zunächst meinte, Erfolge der PDS werden der SPD schaden. Eine Kooperation der SPD mit der SED-Nachfolgepartei galt als unmöglich. Ab 1994 aber erwies sich, daß sich die SPD-Regierung von Sachsen-Anhalt von der PDS tolerieren ließ – eine ganze Legislaturperiode lang. Die CDU erlitt durch die zunehmende Salonfähigkeit der PDS und die Kooperation mit der SPD erhebliche Verluste: Sie flog aus den Landesregierungen nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Die faktische, wenn auch propagandistisch nie zugegebene Aufgabe des Antitotalitarismus zugunsten des Antifaschismus hatte sich zwar für die SPD gelohnt, für die CDU aber als Rohrkrepierer erwiesen.

Anlaß dieser Entwicklung war die ab 1992 zunehmende Zuwanderung von Asylbewerbern vor allem aus Osteuropa. Die nun geöffneten Grenzen machten es möglich. Die Folge waren Spannungen zwischen Eingesessenen und den Zuwanderern, die sich zum Teil in heftigen Angriffen, körperlichen Attacken und Brandstiftungen äußerten. Infolgedessen wurde bereits 1992 von der damaligen Bundesregierung Kohl ein Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt gestartet. Mit diesem zunächst auf drei Jahre befristeten Vorhaben sollten vor allem in den östlichen Bundesländern gewaltbereite Jugendliche angesprochen werden.⁴ Während hier zunächst mehr indirekt gegen „Rechts“ vorgegangen wurde, und das Gewicht auf der Gewaltprävention lag, änderte sich dies mit dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer 1998. Eine mit wissenschaftlichem Anspruch erstellte Studie kommt zu dem bezeichnenden Ergebnis, die finanziellen Verhältnisse der nun wie Pilze aus dem Boden schießenden antifaschistischen Initiativen seien „unübersichtlich und aus den Selbstdarstellungen und ersten Analysen schwer zu ergründen.“ Es ist die Rede von den „verschlungenen Pfaden, die das eingesetzte Geld (Gesamtvolumen im Jahre 2001 etwa 45,5 Millionen Euro) auf dem langen Weg zu Initiativen, Projekten und Maßnahmen genommen hat.“⁵ Die hier zitierte, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete Studie von Roland Roth und anderen Autoren „Bürgernetzwerke gegen Rechts“ aus dem Jahr 2003 erregte nicht nur erhebliches Aufsehen in den Medien, sondern veranlaßte

⁴ Roth, S. 25

⁵ Roth, S. 23

auch eine recht kontroverse Aussprache im Bundestag am 12. Februar 2003, bei der es um die Wirkungen und Erfolge dieser finanziell aufwendigen Programme ging. Bereits am Verfassungstag, dem 23. Mai 2000, wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ (BDT) gegründet, mit dem Auftrag, gegen Extremismus und Gewalt zu kämpfen. Offenbar haben Zweifel an der Wirksamkeit dieser Bekämpfung zur Roth-Studie und zur erwähnten Bundestags-Aussprache geführt. Alle Maßnahmen sollten zeitlich befristet werden und meistens 2003 auslaufen. Dann allerdings zeigte sich der bekämpfte „Faschismus“ als recht zäh und überlebensfähig: Am 18. März 2003 lehnte das Bundesverfassungsgericht die Weiterführung des von der Regierung Schröder initiierten NPD-Verbotsverfahrens ab. Hinzu kamen Wahlerfolge der NPD und der DVU bei verschiedenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bremen sowie in zahlreichen Kommunen. Wer nun meint, die Anti-Rechts-Programme seien wegen erwiesener Erfolglosigkeit eingestellt worden, irrt. Im Gegenteil: Sie wurden ausgeweitet und nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung von der neuen schwarz-roten übernommen und ausgebaut. Anlässlich einer Anfrage im Bundestag 2008 wurde bekannt, daß seit 2003 192 Millionen Euro für das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aufgewendet worden waren. Insgesamt 4500 Projekte konnten sich über Förderung aus öffentlichen Mitteln freuen. Hinzu kamen noch 85 Millionen Euro von der EU und aus den Bundesländern.

Es gibt Initiativen, die offiziell gegen alles Mögliche, aber scheinbar nicht einseitig gegen „Rechts“ sind, sondern allgemein der Gewaltprävention dienen sollen. Wer die jüngst veröffentlichten Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder, sowie die gewalttätigen Krawalle am 1. Mai in verschiedenen Großstädten betrachtet, stellt fest, daß die Gewaltbereitschaft steigt – und zwar von links. Die negativen Wirkungen dieser Programme: Das ohnehin knappe Geld ist rausgeworfen. Die positiven Wirkungen haben lediglich einige Antifa-Funktionäre als warmen Geldregen verspürt, und die Politiker des Establishments konnten dem Ausland beweisen, wie tatkräftig gegen „Rechts“ vorgegangen wurde.

Als Fazit dieses unerfreulichen Kapitels muß festgehalten werden, daß gerade um die finanziellen Verflechtungen viele Unklarheiten bestehen. Deshalb wäre es eine wichtige Aufgabe einer verantwortungsbewußten Zeitgeschichtsschreibung und Medien-Berichterstattung, folgende Unklarheiten aufzuklären:

- Welche Gelder sind an wen geflossen?
- Wie sind die „Initiativen“ miteinander verflochten?
- Wofür sind die Zahlungen erfolgt? Für Gehälter, Honorare, Tagungen, Ferienlager, Zeitschriften?
- Welche Kooperation mit linken und linksextremen Gruppen gab es?
- Untersuchung der „Erfolge“: Welche „Aussteiger“ wurden tatsächlich durch diese Programme erreicht?
- Wie sehen die politischen Biographien der Aktivisten aus?
- Welche Reaktionen des Auslandes gab es auf die Tätigkeit dieser „Initiativen“?

Bisher ist über dieses trübe Kapitel viel zu wenig bekannt. Deswegen konnte auch hier nur ein unzulänglicher Versuch unternommen werden, das bisher Bekannte zusammenzustellen.

3. Die Ursprünge

Der Antifaschismus hatte immer grundlegende Bedeutung für beide Teile des geteilten Nachkriegsdeutschlands. Das gilt für die damalige Sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR, genauso wie für die westlichen Besatzungszonen, die spätere Bundesrepublik. Auch für das geeinigte Deutschland von 1990 hat sich nichts daran geändert. Man übertreibt nicht mit der Aussage, der Antifaschismus habe sich als eine gesamtdeutsche Klammer erwiesen.

Als Negativbewegung setzt der Antifaschismus den Faschismus, auf den er reagiert, voraus. Deswegen reichen die Wurzeln bis in die zwanziger Jahre zurück. Die von dem ehemaligen Sozialdemokraten

Benito Mussolini gegründeten „Fasci di Combattimento“, auf deutsch „Kampfbünde“, übernahmen 1922 in Italien die Regierungsgewalt. Seither versteht man unter „Faschismus“ eine antiliberalen, antiparlamentarische Bewegung mit nationalistischer, imperialistischer, z. T. kapitalismuskritischer Tendenz, die straffe Staatsdisziplin fordert. Der Faschismus entwickelte sich zur Massenbewegung, die nicht nur in Italien unter dem Anspruch auftrat, die Nation zu einen und die Klassenspaltung zu überwinden. Neben bürgerlichen integrierte er erfolgreich auch bäuerliche und proletarische Schichten. Deswegen haben sich gerade die um diese sozialen Gruppen konkurrierenden Marxisten schon früh mit diesem Phänomen beschäftigen müssen. Drohten ihnen doch die Massen entzogen zu werden. Seither gilt die Bezeichnung „Faschismus“ nicht nur für das italienische System und seine Ideen (1922 – 1943/45), sondern auch als Kennzeichnung ähnlicher in verschiedenen Ländern auftretender totalitärer Herrschaftssysteme und ihrer Ideen. Der Faschismus gilt danach als Ergebnis der Krise solcher Gesellschaften, in denen es private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gibt, also den sogenannten „Privatkapitalismus“. In kritischen Situationen neigen die Eigentümer der Produktionsmittel, also z. B. die Fabrikbesitzer, die „Kapitalisten“, dazu, sich eine Schutztruppe gegen die Bedrohung durch die sozialistische Bewegung zu schaffen. Deswegen ist die Gefahr des Faschismus erst gebannt, wenn die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in einer sozialistischen Gesellschaft durch Enteignung aufgehoben ist. Alle Gesellschaftsordnungen, in denen das nicht der Fall ist, bleiben prinzipiell vom Faschismus bedroht. Antifaschismus und Sozialismus hängen also untrennbar zusammen. Im Dezember 1933 formulierte der Bulgare Georgi Dimitroff auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die parteioffizielle kommunistische Faschismusdefinition: „Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Mit dem katastrophalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland gewann der Antifaschismus nach 1945 eine ganz besondere Bedeutung und Funktion. Die Ablehnung des Nationalsozialismus war ein Grundpfeiler des demokratischen Neubeginns.

Allerdings hat im weiteren Verlaufe der Entwicklung das antifaschistische Fundamentaldogma andere Normen wie die „Gemeinsamkeit der Demokraten“, den Antikommunismus und den Antitotalitarismus verdrängt.

Wie die meisten Begriffe in der Politik haben auch Faschismus und Antifaschismus eine doppelte Funktion: In der Tagespolitik und Publizistik dienen sie als „Totschlagworte“, die den politischen Gegner diffamieren sollen. Aber in der Wissenschaft haben sie eine sachliche, der Erkenntnis dienende Funktion. Da es sich beim Antifaschismus um eine Negativbezeichnung handelt, die ihre propagandistische Schlagkraft gerade durch die Negation gewinnt, ist es angebracht, diese Antibezeichnung positiv zu umschreiben.

Das Selbstverständnis des Antifaschisten bezeichnen folgende Merkmale, Eigenschaften und Verhaltensweisen: Der Antifaschist betrachtet sich als humanitär, liberal, demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs), aufklärerisch, rational, revolutionär im Sinne der Französischen Revolution von 1789, radikal (zu verstehen als aufklärend, nicht etwa als subversiv), individualistisch, den Menschenrechten verpflichtet, der Freiheit der Person zugeneigt, den Idealen der Gleichheit und Gleichberechtigung verbunden, Gegner des Antikommunismus (da dieser konstitutives Merkmal des „Faschismus“ sei), friedliebend (wobei der „Antifaschist“ annimmt, daß Frieden nur im Sozialismus möglich ist, weil die Kriege aus Klassenspannungen entstehen).

Zu unterscheiden ist zwischen einem mehrdimensionalen und einem eindimensionalen Antifaschismus. Mehrdimensional oder mehrschichtig bedeutet, daß bei der Gegnerschaft gegen den Faschismus sowohl moralisch als auch sozioökonomisch argumentiert wird. Der marxistische Soziologe Max Horkheimer sagte, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, müsse auch vom Faschismus schweigen. Damit meinte er als Marxist, ein Antifaschist sei nur dann konsequent, wenn er den Sozialismus bejahe. Denn nur dann ließe sich den Kapitalisten die materielle Basis entziehen, mit der sie im Falle einer Krise die Faschisten unterstützten. Eindimensional ist hingegen ein Antifaschismusverständnis, das ausschließlich moralisch argumentiert, bei der Abwehr des „Faschismus“ aber keine gesellschaftsverän-

dernden Ziele verfolgt. Besonders bürgerliche, liberale, kirchliche Gruppen und Einzelpersonlichkeiten hängen diesem eindimensionalen, also rein moralisch begründeten Antifaschismus an, während das mehrdimensionale von Sozialisten, Kommunisten und ideologisch nicht strikt festgelegten Antikapitalisten vertreten wird.

Bedarf es der Beweise des Zusammenhangs von Antifaschismus und Sozialismus/Kommunismus? Bereits 1945 -1952 bedienten sich die KPD bzw. die SED des Ausdrucks „antifaschistisch-demokratische Periode“ zur Kennzeichnung eines Zeitabschnittes zahlreicher sozialistischer Umgestaltungen in der Sowjetzone („Bodenreform“, Enteignungen größerer Betriebe und von Banken). Diese Gewaltmaßnahmen wurden aber nicht als „sozialistisch“, sondern als „antifaschistisch“ bezeichnet. Mit Hilfe dieses der Vernebelung dienenden begrifflichen Tricks lähmten die kommunistischen Machthaber antisozialistische Widerstände der damals noch handlungsfähigen nicht-sozialistischen Parteien, die ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus bekämpft hätten, einer „antifaschistisch“ geschminkten Zielsetzung aber zustimmen mußten, um nicht selber in den Faschismusverdacht zu geraten.

Die grundlegende Bedeutung des Antifaschismus für die DDR hat der SED-Chef Walter Ulbricht persönlich bereits in den fünfziger Jahren festgelegt: Als sich die Herrschaftsform des deutschen Monopolkapitals in seiner Niedergangsphase befunden habe, hätten die Herren der Schwerindustrie angesichts der Gefahr, vom arbeitenden deutschen Volk hinweggefegt zu werden, die Regierung den Nationalsozialisten übertragen, die durch Volksbetrug und Terror Massenanhänger gewonnen hätten. Deshalb müsse der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein, „die Wurzeln des Faschismus – die Herrschaft des Finanzkapitals – zu beseitigen.“ Nach der Niederlage des „Faschismus“ im 2. Weltkrieg würde sich das „nationale Unglück – Wiederherstellung der alten Machtstrukturen nach dem 1. Weltkrieg nicht wiederholen.

Daß die Herstellung der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ nichts anderes bedeutete, als die Einführung des Sozialismus, wurde später in der Geschichtswissenschaft der DDR hemmungslos zugestanden. So schrieb der Ost-Historiker Werner Horn:

„Die Grundfrage dieser Periode war die Eroberung der Hegemonie der Arbeiterklasse; sie wurde durch die breite Bündnispolitik im Rahmen des antifaschistischen Blocks und durch die Schaffung einheitlicher demokratischer Massenorganisationen verwirklicht, später in der Volkskongreßbewegung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands weiterentwickelt und durch die Einheit der Arbeiterklasse sowie die Ausbildung einheitlicher freiheitlicher Gewerkschaften gesichert. Die Eroberung der Hegemonie der Arbeiterklasse sowie der entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft schuf zugleich mit der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution die Voraussetzungen für deren Hinüberwachsen zur sozialistischen Revolution.“

In der Spätzeit der DDR, als die Legitimationskrise des Systems bereits spürbar war, wurde versucht, die nachlassende Bindekraft des Marxismus-Leninismus einerseits durch Berufung auf nationale Traditionen (etwa ab 1978), andererseits aber durch die verstärkte Betonung des Antifaschismus zu stützen.

Im Frühjahr 1989 hielt es der in Kulturfragen leitende SED-Funktionär Kurt Hager für nötig, auf die in der Sowjetunion zunehmende Kritik am Stalinismus zu reagieren. Das moralische Gewicht der DDR suchte er mit der antifaschistischen Tradition zu rechtfertigen. So schrieb das „Neue Deutschland“ am 8./9. April 1989:

„Die DDR ist anerkannt in der Welt durch einen sie tief prägenden Humanismus und Antifaschismus. Ein grundlegender Unterschied zwischen der DDR und der BRD besteht darin, daß bei uns schon unmittelbar nach der Befreiung durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Nazi-Aktivisten die ökonomischen Wurzeln des Imperialismus ausgerottet wurden, während sie in der BRD entgegen dem erklärten Willen der Mehrheit der Bürger erhalten blieben, und so das Wiedererstarken der Macht der Monopole möglich wurde.“

Fast unmittelbar vor dem Zusammenbruch des DDR-Systems, als die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung sich in einer Fluchtwelle im August 1989 äußerte, stellte Prof. Otto Reinhold, Mitglied des ZK der SED und seit 1962 Rektor der Akademie für Gesellschaftswissen-

schaften beim ZK der SED, fest: „Die DDR ist nur als antifaschistischer, sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar.“ Bezeichnenderweise rangiert der Antifaschismus als systemstabilisierender und -legitimierender Integrationsfaktor noch vor dem Sozialismus.

Ziehen wir ein vorläufiges Fazit: Der „Antifaschismus“ stellt eine Integrationsideologie dar, auf deren Basis sich sehr verschiedene, sogar prinzipiell gegnerische politische Kräfte treffen können und zwar um so leichter, je diffuser, verwaschener, undogmatischer die Vorstellungen von dem sind, was als „antifaschistisch“ gilt. Sozialisten und Nicht-Sozialisten, Atheisten und Christen, Bürgerliche verschiedener Richtungen und Kommunisten, uneinig über jede politische Frage, sehen im „Faschismus“ ein Feindbild, dessen Bedrohlichkeit die Notwendigkeit des Zusammenhalts suggeriert und jede Abweichung als Begünstigung des absolut Bösen moralisch ins Zwielficht rückt. Der Streit um „Faschismus“ und „Antifaschismus“ ist Ausdruck der in Deutschland verbreiteten Neigung, Politik als Weltanschauungskampf zu betreiben.

Deutschland und die Deutschen waren durch die totale Niederlage, die nicht nur eine politisch-militärische sondern auch eine moralische war, in die Rolle eines verachteten Volkes geraten. Ziel deutscher Politik mußte sein, dieses negative Image zu verbessern. Die „Bewältigung der Vergangenheit“ in dieser Situation führte zu einem totalen Bruch mit den Werten des vergangenen nationalsozialistischen Systems. Hier entwickelten sich im östlichen und im westlichen Teil Deutschlands Unterschiede, die der antifaschistischen Propaganda Anknüpfungspunkte boten. Während unter der Behauptung einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone eine vollständige soziostrukturelle Umwälzung im Sinne sozialistischer Theorie erfolgte, blieb in den westlichen Besatzungszonen die Struktur bisheriger Eigentumsverhältnisse erhalten. Hier knüpfte die kommunistische Antifa-Propaganda an. In Konsequenz der Auffassung, der Faschismus sei eine Funktion des Kapitalismus, wurde bestritten, daß in den westlichen Besatzungszonen ein vollständiger, grundsätzlicher Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stattgefunden habe.

Die Tatsache, daß die neue deutsche Demokratie um ihres Ansehens willen an einer weitgehenden Distanz zum Nationalsozialismus interessiert sein mußte, machte die Vertreter der neuen Ordnung erpreßbar, versetzte sie gegen antifaschistische Angriffe in die Defensive. Da in der Tat kein vollständiger soziostruktureller Bruch und auch keine vollständige personelle Ablösung der Eliten gegenüber der Zeit vor 1945 eingetreten waren, gab es immer Anhaltspunkte für antifaschistische Kampagnen.

Im Laufe der Zeit zeigte diese Propaganda Wirkung sowohl auf die öffentliche Meinung des westlichen Auslandes als auch auf die Meinungsbildung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Auf den ersten Blick mag es paradox erscheinen, daß die zunehmende Bereitschaft der Bundesrepublik, die Vergangenheit zu bewältigen, vielfältige Maßnahmen der „Wiedergutmachung“ (besser: Entschädigung) und der politisch-personellen Säuberung einzuleiten, keine beruhigende Wirkung hatte, sondern die Kampagnen noch förderte. Da diese aber nur zum Teil echter Besorgnis entsprangen, tatsächlich aber der Manipulation in der politischen Auseinandersetzung dienten, verleitete die defensive Reaktion dazu, den Druck zu verstärken: Ein einmal wirkungs- und erfolgreich eingesetztes Mittel wird selbstverständlich bei nächster Gelegenheit wiederholt.

4. Verfall der Ideologien, insbesondere des Sozialismus

Vor der Aufklärung, vor dem Zeitalter des Rationalismus, gab es ein einheitliches, geschlossenes religiös bestimmtes Weltbild. Allen religiösen Richtungen und Konfessionsgemeinschaften war eines gemeinsam: Die Erlösungserwartung im Jenseits. Mit der Aufklärung entstand ein pluralistisches Weltbild. Säkulare Ideologien, der Liberalismus, der Nationalismus/Rassismus, der Sozialismus (Marxismus) entstanden und versprachen den jeweils „Gläubigen“ eine Erlösung noch in dieser Zeitlichkeit.

Das 19. und das 20. Jahrhundert ist die große Zeit der Ideologien. Die parteimäßig sich organisierenden Anhänger einer säkularen Ideologie

streben danach, den staatlichen Herrschaftsapparat zu erobern. Dann wird die Ideologie zur Staatsideologie, verbindlich für alle Bürger und mit Zwang nahe gebracht, eventuell gar totalitär in politischen Systemen wie dem Kommunismus, Faschismus oder Nationalsozialismus. Diese Ideologien haben eine Doppelbedeutung: Im positiven Sinne werden sie benötigt zur Sinngebung. Ganz ohne Ideologie, ohne rechtfertigende programmatische Idee, kann keine Partei auskommen. In negativer Hinsicht schränken Ideologien die Freiheit ein. Wenn sie, gestützt auf eine Staatsmacht, gewaltsam durchgesetzt werden, dann ist die Individualität, die Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen beschränkt. Die Ideologie negiert dann die Selbstbestimmung des Individuums.

Wie ist die heutige Situation? Angesichts des Scheiterns der Ideologien und zwar sowohl der religiösen Erlösungslehren wie auch der säkularen, also Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, sind die Ideologien zu Restbeständen geschrumpft. Aber es bleibt ihre Bedeutung für die Identitätsfindung, z. T. durch Feindvorstellungen. Anti-Vorstellungen wie der Antifaschismus oder Anti-Islamismus, auch Anti-Extremismus und Anti-Sektenhaltung dienen als Mittel zur Selbstfindung. Irgend etwas Bedrohliches wird als Gefahr identifiziert und bietet die moralische Folie zu der Erkenntnis, was der Gute, der Moralische, der „Anständige“ (so der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder) bekämpfen muß.

Wenden wir uns zunächst noch einmal der Frage zu, was denn eigentlich eine Ideologie ist. Anfang der 80er Jahre erschienen zwei Bücher zur Bedeutung und Funktion der Ideologien in der damaligen Zeit: „Das Ende des ideologischen Zeitalters - die Europäisierung Europas“ von Peter Bender und „Zeit der Ideologien - eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert“ von Karl Dietrich Bracher.

Bender bestritt die Bedeutung der Ideologien für die Gegenwart. Der ideologische Glaube sei zum Dogma der Funktionäre entartet:

„Europa ist nicht mehr ideologisch geteilt, sondern nur noch politisch.“⁶

⁶ Peter Bender: Das Ende des ideologischen Zeitalters – die Europäisierung Europas, S. 16

„Mit dem Absterben der Ideologie hat der Osten seine Besonderheit verloren. Die Ideologie war es, die ihn in seinem Innersten zusammenhielt.“⁷

Aus Benders Äußerungen kann man ein Schwinden der Ideologien entnehmen. Eine ganz andere Auffassung vertrat Karl Dietrich Bracher in seinem Buch. Dessen Darstellung ist besonders interessant, weil das 20. Jahrhundert zur Zeit des Erscheinens dieses Buches noch ein Fünftel, also zwei Jahrzehnte vor sich hatte. Diese Jahre brachten so fundamentale Veränderungen, daß Brachers Darstellung heute zum Teil völlig anders geschrieben werden müßte:

„Wir leben in einem Jahrhundert der Ideologien. Die optimistische Rede von einem baldigen ‚Ende des ideologischen Zeitalters‘ hat sich ebenso als Täuschung der fünfziger Jahre erwiesen wie das Wort vom Niedergang der Intellektuellen.“⁸

Bracher definiert den Begriff „Ideologien“:

„Man mag freilich auch ganz wertneutral die Bedeutung von Ideologien darin erblicken, daß sie ein handlungsorientiertes Glaubenssystem bieten zur Erklärung der Welt wie zur Rechtfertigung von Entscheidungen, zum Begrenzen und Eindeutigmachen von Alternativen wie zur Schaffung einer möglichst umfassenden und intensiven sozialen Solidarität. Im Grunde aber beruht Ideologisierung auf einem Konglomerat von Täuschungen und Selbsttäuschungen: Pseudoreligiöse Bedürfnisse, Idealismus, Vollkommenheitswahn stützen schließlich gar die ‚ideologische Selbstermächtigung zur Gewalt‘. Zu der religiös-moralischen Legitimierung kommt der Anspruch auf ‚Wissenschaftlichkeit‘ und zugleich Aufhebung aller Widersprüche durch die Zauberformeln der Dialektik. Aus der Idee, im Besitze der endgültigen Wahrheit zu sein, folgt am Ende nicht nur die Berechtigung, sondern die Notwendigkeit von Selbsttäuschung und Lüge, Verfolgung und Terror, um jene endgültig durchzusetzen.“⁹

⁷ Bender, S. 74

⁸ Bracher, S. 12

⁹ Bracher, S. 14 f.

Die herkömmlichen Ideologien haben an Bedeutung verloren, sie bieten kein Konzept der Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung mehr. Ursprünglich waren sie ein Programm einer gesellschaftlichen Gruppe (Glaubensgemeinschaft oder Partei) mit dem Ziel, die eigenen Vorstellungen mittels der Gewinnung der Staatsmacht mit Hilfe des Staatsapparates allgemeinverbindlich zu machen. Heute ist die Neigung zum Bevormunden immer noch vorhanden. Aber die ursprünglich umfassenden, totalitären Ideologien sind zu bloßen Feindvorstellungen geschrumpft. Die Feindbilder dienen der Gruppenidentifikation: Antikommunismus, Antifaschismus, Antirechts, Anti-Sekten-Einstellung, Anti-Islamismus, Antisemitismus. Immer wird die Identität durch die Feststellung eines Feindes gewonnen. Immer ist das Motiv: Wir, die Anständigen, treten gegen die Anderen, die „Extremen“ auf, die ausgegrenzt werden sollen.

Zur Zeit sind die Ideologien ohne Kraft. Was von den Trägern der früher herrschenden Ideologien noch vorhanden ist, verfügt über keine theoretische weltanschauliche Strategie. Sie betreiben nur opportunistische Klientelpolitik. Eine Renaissance der Ideologien kann allerdings nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

5. Psychologie des Antifaschismus und der Antifaschisten

Feindbilder haben die Funktion der Integration, der Aggressionsabfuhr, der Strukturierung einer unüberschaubaren Wirklichkeit, der Abgrenzung und Selbstbestätigung. Dies ist der gemeinsame Nenner aller Feindvorstellungen, so unterschiedlich ihre Argumente und ihre politische Stoßrichtung auch sein mögen. Auch der Antifaschismus läßt sich mit dieser Umschreibung erfassen.

Er stellt eine Integrationsideologie dar, auf deren Basis sich sehr gegensätzliche politische Kräfte treffen und zwar um so leichter, je diffuser die Vorstellungen von dem sind, was als „faschistisch“ und „antifaschistisch“ gilt. Sozialisten und Nichtsozialisten, Atheisten und Christen, Bürgerliche verschiedener Richtungen und Kommunisten, uneinig über jede aktuelle politische Frage, sehen im „Faschismus“

ein Feindbild, dessen Bedrohlichkeit die Notwendigkeit des Zusammenhaltes suggeriert und jede Abweichung als Begünstigung des absoluten Bösen moralisch ins Zwielficht rückt. Deswegen wohnt dem Antifaschismus eine erhebliche Mobilisierungskraft inne, die er auch nach dem Zusammenbruch des diskreditierten „real existierenden Sozialismus“, der sich vor allem auch antifaschistisch legitimierte, behalten hat. Als Integrationsmittel ist der Antifaschismus nach wie vor geeignet, gerade, weil er seit der „Wende“ von 1989/90 weniger rational und stärker emotional auftritt. Geschürt wird die Angst vor dem Rechtsextremismus, was vor allem wegen ständiger gesellschaftlicher Wandlungsvorgänge wirkungsvoll ist. Unsicherheit und Desorientierung nehmen in einer solchen Situation zu.

Die vom Antifaschismus ausgelöste Mobilisierungsbereitschaft erklärt sich sozialpsychologisch, weil die Entsagungen und Leiden durch Krieg und Zusammenbruch den Wunsch nach persönlicher und materieller Sicherheit anwachsen ließen. Die Sehnsucht nach Ruhe, einer ungestörten Privatsphäre, die der harte, Opfer verlangende Nationalsozialismus verweigert hatte, verbunden mit Erfahrungen von Bombenkrieg, Vertreibung, Lebensgefährdung, mündeten in eine hedonistische, auf Lebensgenuß gerichtete Grundhaltung, die zu einer Ablehnung des „Faschismus“ als dem Symbol des Harten, Opfer Verlangenden, Kriegerischen führt. Selbst diejenigen, die sich zum Kampf gegen den vermeintlichen „faschistischen“ Feind nicht mobilisieren ließen, waren doch zur Hinnahme des Antifaschismus bereit. Der Hedonismus ist das gelebte Nein zum Kollektiv, die Rechtfertigung der individuellen Glücksansprüche. Er ist anfällig für die Verlockungen der Ideologie, weil der Glücksanspruch zur Abwehr der Realität beiträgt. Jeder Anspruch der Gesellschaft und des Staates kann unter Faschismusverdacht gestellt werden – sei es eine Volkszählung, sei es der Appell an die Leistungsbereitschaft der Bürger.

In der Zeit der sogenannten „Studentenrevolte“, zwischen 1968 und Mitte der siebziger Jahre, ist mancher „Antiautoritäre“, der Ordnung und Disziplin gegenüber der bestehenden bürgerlichen Ordnung ablehnte, über den „Antifaschismus“ zum Moskau-hörigen Marxismus, zu den maoistischen K-Gruppen oder zur DKP gekommen. Die „autoritäre Persönlichkeit“, wie sie in den sozialpsychologischen Studien der „Frankfurter Schule“ dargestellt wird, ist keineswegs nur eine

„faschistische“. Auch ein Antifaschist wird von den Merkmalen einer „autoritären Persönlichkeit“ erfaßt. Die Legitimation des Terrorismus durch Teile des Antifaschismus ist eine Tatsache. Bernhard Rabert hat dies in seiner Studie „Terrorismus in Deutschland – zum Faschismusvorwurf der deutschen Linksterroristen“ überzeugend nachgewiesen.

Der Versuch der sozialpsychologischen und psychoanalytischen Theorien, ein einheitliches Persönlichkeitsbild des „Faschisten“ zu entwerfen, setzt sich zum Ziel, aus Triebdynamik, sozialen Persönlichkeitsprägenden Faktoren wie Familienstruktur und politischem Verhalten einen Zusammenhang herzustellen, der die Möglichkeit zur Änderung und Verbesserung des Individuums und der Gesellschaft im Sinne einer angeblichen Humanisierung schaffen soll. Allerdings bleiben diese Bemühungen fragwürdig. Sie waren eine Modeerscheinung der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und haben mit dem Bedeutungsverlust der Ideologien stark an Beachtung verloren.

Hinter allen psychologischen und psychoanalytischen Theorien steht eine politische Absicht, die einseitig auf die „faschistische“ Persönlichkeit hinweist. Deswegen ist es nötig, nach strukturellen Gemeinsamkeiten zu fragen, die allen Feindvorstellungen gleichermaßen eigen sind. In diesem Sinne ist der Antifaschismus einzubeziehen.

Es gibt drei Sorten von Antifaschisten: Die rational kalkulierenden politischen Geschäftemacher, die lediglich durch politische propagandistische Manipulation und politische Erpressung ein ihnen günstiges Verhalten der unter den „Faschismus“-Verdacht Gestellten erreichen wollen. Die beiden anderen Gruppen sind unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten interessant, weil es sich um die Erscheinungen des Sadismus und Masochismus handelt. Die einen gewinnen Befriedigung aus der psychischen Terrorisierung anderer, fühlen sich durch deren Angst, Würdelosigkeit, Winden und Kriechen bestätigt. Der Sadist fühlt sich erhoben, wenn die anderen schwächer, kleiner und hilfloser sind als er. Beispiele für Masochisten hingegen findet man bei den Kindern ehemaliger Nationalsozialisten, die ihre eigene und die Vergangenheit ihrer Eltern diffamierend bewältigen. Sie kommen in Einklang mit sich selbst, wenn sie sich und ihre Eltern als Sünder, als unwürdig bezeichnen.

Es verleiht dem Sadisten ein gutes Gewissen, wenn er, gestützt durch willfährige Medien, die fälschlich als öffentliche Meinung bezeichnet werden, andere erniedrigt. Dies geschieht aber angeblich im Namen einer guten Sache, weil man ja das Böse, den säkularisierten Teufel, in Gestalt des „Faschisten“ bekämpft. Das regelt den Seelenhaushalt, dient der Triebabfuhr und führt zur psychischen Entspannung. Der bekämpfte „Faschismus“, die Kunstfigur des „Faschisten“, ist ein Abstraktum. Bezeichnend, daß bei öffentlichen Auftritten, vor allem in Medien, stets ü b e r den, aber nie m i t dem „Faschisten“ gesprochen wird.

6. Die außenpolitische Funktion des Antifaschismus, seine innenpolitischen Wirkungen

„Deutschland muß sich selbst entmachten. Nur so wird die Wiedervereinigung für Europa erträglich.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte der langjährige deutsche UN-Botschafter Hans Arnold in der „Zeit“ vom 18. Mai 1990 einen kurzen Aufsatz. Die bevorstehende Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR verursachte bei unseren sogenannten „Freunden und Verbündeten“ geradezu Panik. Waren sie doch sehr für die Wiedervereinigung – unter der Voraussetzung, daß sie nicht kam. Als sie doch drohte, gaben sich die Thatcher und Mitterrand alle Mühe, sie aus Furcht vor einem Übergewicht Deutschlands zu verhindern. Was der erwähnte Arnold als Reaktion vorschlug, wurde von vielen bundesrepublikanischen Politikern geteilt: Deutschland und die Deutschen müssen sich klein, demütig und gehorsam präsentieren. Nur kein Großmachtgehabe, das Ängste vor einer deutschen Hegemonie in Europa schüren könnte. Die außenpolitische Funktion des Antifaschismus wandelte sich um 1990: Im Ostblock diente er der Sowjetunion zur Einschüchterung der Satelliten vor einem angeblich wiedererwachenden oder weiterbestehenden Faschismus, vor dem nur die große Sowjetunion schützen könne. Die DDR betonte lautstark ihren antifaschistischen und sozialistischen Charakter, der sie von Westdeutschland unterschied und an die Seite der SU stellte. Der Westen band die Bundesrepublik militärisch, wirt-

schaftlich und politisch in Bündnisse und übernationale Zusammenschlüsse ein, um ja nur deutsche Alleingänge zu verhindern. Diese Westbindung wurde nach 1990/91 beibehalten, ja verstärkt. Der Ostblock (Warschauer Pakt und Comecon) lösten sich zwar auf, aber die antifaschistische Propaganda gegen eine vermeintliche deutsche Bedrohung lief mindestens in einigen osteuropäischen Staaten, in Polen (gegen den Bund der Vertriebenen und Erika Steinbach) und in Tschechien (Beibehaltung der deutschfeindlichen „Benesch-Dekrete“) weiter. Auf die Innenpolitik Deutschlands wirkte dies insofern, als die etablierten politischen Kräfte glaubten, alles unterlassen zu müssen, was diese Angriffe fördern könnte. So peinlich diese Willfährigkeit wirkte, so fand sie ihre Rechtfertigung in der Schwäche Deutschlands, das als Mittelmacht nichts aus eigener Kraft bewirken konnte und stets auf die Unterstützung von Interessenpartnern (den sogenannten „Freunden und Verbündeten“) angewiesen war.

Die Niederlage von 1945 hatte bestehende Strukturen erschüttert, der wirtschaftliche Aufschwung ab Mitte der fünfziger Jahre, der den persönlichen und privaten Erfolg in den Mittelpunkt rückte, führte zur Hinnahme des antifaschistischen Grundkonsenses, der bei großen Teilen der Bevölkerung unbeliebt war, weil durch ihn bisherige nationale Traditionen zu Unwerten umgewertet wurden. Aber um die Bequemlichkeit, den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand nicht zu gefährden, um des „deutschen Ansehens im Ausland“ willen, wurde er hingenommen. In Wirklichkeit ging es nicht um politische Moral, sondern um die Erhaltung des guten Lebens, des erreichten materiellen Standards. Beachten wir folgendes Zitat aus der Frankfurter Allgemeinen vom 16. April 1994:

„Zu Tode erschrocken war Außenminister Kinkel, als er Berichte über das amerikanische Deutschlandbild las. Nach einer Erhebung des Mannheimer Meinungsforschungsinstituts IPOS 1993 halten 52% der Amerikaner die Deutschen für Antisemiten, 54% sehen im Wiedererwachen des Nationalsozialismus eine potentielle Gefahr, 41% glauben, das wiedervereinigte Deutschland könne eine Bedrohung für den Frieden werden. Nach der IPOS-Studie behandelten 28% der amerikanischen Zeitungsberichte über Deutschland den Rechts extremismus (...) Auch die amerikanischen Journalisten

glauben nicht wirklich, daß in Deutschland eine neue ‚Macht-ergreifung‘ vor der Tür steht. ‚Unsere Abonnenten wollen so etwas eben lesen‘, erläuterte bei einem deutsch-amerikanischen Colloquium ein Redakteur der Los Angeles Times die Auswahlprinzipien seines Blattes mit entwaffnendem Freimut. An Hitlers Genozid werde unablässig erinnert; Stalins Genozid dagegen sei kein Thema. Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, daß das windschiefe Weltbild demnächst verworfen wird.“

Deutschland hat durch die Vereinigung von 1990 eine Größe und scheinbare Machtstellung erreicht, die von anderen als Bedrohung empfunden wird. Von interessierter Seite werden diese Empfindungen durch deutschfeindliche Propaganda genährt. In einer britischen Karikatur um 1990 wurde ein riesenhafter Kanzler Kohl neben einer kleinen britischen Margret Thatcher gezeigt, die ihren Nachbarn auffordert: „Setz Dich endlich hin, Du großer Deutscher. Du wirkst so bedrohlich!“ Der Riese antwortet: „Aber ich sitze doch schon!“ Um Vorurteile gegen deutsche Alleingänge oder die Furcht vor deutscher Hegemonie abzubauen, übt sich die Bundesregierung in Bescheidenheit.

Deutschland soll so eingebunden werden, daß die westlichen „Freunde und Verbündeten“ keine Furcht mehr vor Deutschland empfinden. Im Juli 1990, als die deutsche Vereinigung sich abzeichnete, gab der britische Industrie- und Handelsminister Ridley dem „Spectator“ ein Interview, in dem er behauptete, die Deutschen wollten ganz Europa übernehmen. Er sprach sich gegen die Aufgabe britischer Souveränitätsrechte zugunsten der damaligen Europäischen Gemeinschaft aus, die man seiner Meinung nach ebenso gut Adolf Hitler abtreten könne. Diese Äußerung kostete ihn immerhin sein Amt. Zugleich ließ sich der britische Oberrabbiner Lord Jakobovits durch Ridley zu einer Warnung vor der deutschen Vereinigung veranlassen, da sie zu einer Wiederholung der Judenverfolgung im Stile des Hitlerreiches führen könne. In einem Appell an den britischen Außenminister Hurd und den EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors forderte Jakobovits, der aus Königsberg stammt, laut der FAZ vom 23. Juli 1990 internationale Garantien für den Fall, daß der für die Herrschaft Hitlers typische deutsche Militarismus wieder auferstehen solle. Nur kurze

Zeit später, im Januar und Februar 1991, sahen sich die Deutschen internationaler Kritik ausgesetzt, nun aber nicht mehr wegen expansiver Machtansprüche, sondern im Gegenteil: Ihre angeblich mangelhafte Bereitschaft, sich an den Lasten des ersten Feldzuges der USA gegen den Irak zu beteiligen, wurde als Drückebergerei und Abneigung gegen die Übernahme internationaler Verpflichtungen ausgelegt. Seither haben wir zahlreiche Fälle eines erwünschten militärischen Engagements Deutschlands erlebt – weltweit. „Nie wieder Faschismus und Krieg“ und „Nie wieder darf von Deutschland ein Krieg ausgehen“ – das waren pazifistische Phrasen, die von 1945 bis 1990 die Politik gegenüber und in Deutschland bestimmt hatten. Nun hatten sich die Deutschen auf vormundschaftliches Begehren umzugewöhnen: Einerseits hilfreich und gehorsam gegenüber den Vormächten, aber andererseits stets willig auf Vordermann gehend und auf Eigenständigkeit verzichtend. Der Antifaschismus erwies sich als nützlich, Deutschland und die Deutschen im erwünschten Sinne zu disziplinieren. Die Deutschen möchten beliebt sein, um im Windschatten der Weltpolitik gute Geschäfte zu machen und den Wohlstand genießen zu können. Aus Furcht vor Nachteilen sind sie erpreßbar, und wer erpreßbar ist, wird erpreßt. Das „deutsche Ansehen im Auslande“ sei gefährdet, lautet eine bekannte, besonders damals vielgebrauchte Phrase. Gemeint ist: Zerrt nicht an der Leine, um Nachteile zu vermeiden.

Völker, deren kollektives Selbstbewußtsein wenig entwickelt ist, da sie über keine ungebrochene Tradition verfügen, sondern ihre politischen Werte in der Geschichte häufig wechseln mußten, sind vom Urteil der anderen abhängig und lenkbar. Unsicher fragt man sich, wie beliebt man im Auslande sei, weil die Erfahrung lehrt, daß mangelnde Wertschätzung zu moralischem und wirtschaftlichem Boykott führen kann. Aus der fehlenden inneren Souveränität folgt die äußere Abhängigkeit.

Falsch wäre der Eindruck, das Deutschenbild werde von der jeweils aktuellen Interessenlage allein bestimmt. Richtig ist vielmehr, daß es ein Langzeitbild gibt, das über viele Jahrzehnte konstant bleibt. Unter dem Eindruck aktueller Ereignisse verändert es sich jeweils negativ oder positiv. Es war stets dann positiv, wenn die Deutschen politisch

machtlos und wirtschaftlich wenig potent erschienen. Das war vor 1871 der Fall. Deshalb überrascht es nicht, daß viele westliche Meinungsmacher, aber auch Politiker des verfallenden Ostblocks 1989/90 der Auffassung waren, die deutsche Politik sei vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart expansiv. Wenn schon für die Zeit nach 1949 keine militärische Expansion festgestellt werden konnte, so doch wenigstens das Streben nach wirtschaftlicher Vorherrschaft. Das westliche Bündnissystem band die Bundesrepublik Deutschland politisch, ökonomisch und militärisch in einen Zusammenschluß ein, der etwa nicht nur zum Schutz Deutschlands sondern auch und vor allem zum Schutz der anderen vor Deutschland diene. Jedes Streben der Bundesrepublik Deutschland nach Ausgleich mit dem Osten und Wiedervereinigung drohte das Gleichgewicht zu stören, so daß die nur mühsam gebändigten Ängste und das Mißtrauen 1989/90 offen ausbrachen. Kaum zeichnete sich ab, daß die deutsche Einheit trotz aller Bemühungen nicht zu verhindern sein würde, kam es zu Aussagen wie der folgenden:

„In dem neuen, stolzen, wiedervereinigten Deutschland werden die Nationalisten das Vierte Reich proklamieren, denn der Begriff ‚Reich‘ ist verbunden mit Sieg und den Zeiten deutschen Aufstiegs. ‚Republik‘ dagegen verbindet sich mit Niederlage und dem Aufstieg fremder Werte. Ich erwarte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die schwarz-weiß-rote Hohenzollernfahne wieder einführen wird und mit ihr möglicherweise auch den Hohenzollernkaiser.

Bevor das Vierte Reich förmlich wieder ausgerufen werden kann, ist eine Reinigung des Bildes des Dritten Reiches nötig. Nationalistische Intellektuelle werden sich mit Nachdruck an diese Aufgabe machen. Sie wird eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers erfordern und gerade aus nationalistischen Gesichtspunkten: Deutsche sind zu lange kriecherisch in diesen Fragen Fremden gegenüber gewesen; nun wird Deutschland sich erheben. Die Hauptfront des Gegenschlages wird die Rassentheorie sein. Bücher von hervorragenden deutschen Genetikern werden in Massen ausgestoßen werden, um die Wissenschaftlichkeit der Rassentheorie nachzuweisen, um zu zeigen, daß Bemühungen, sie zu

diskreditieren, ein jüdischer Trick seien und die Rassenpolitik der Nazis – ein Stück des Holocaust – richtig und weitblickend gewesen sei.

Nationalistische Intellektuelle werden erklären, daß wahre Deutsche sich wegen des Holocausts, der großen, mutigen und heilsamen Tat, nicht schuldig fühlen müßten. Das selbstbewußte ‚nicht schuldig‘ wird von einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit begrüßt werden, und ich kann mir die Folgen vorstellen: Vertreibung der Juden, Bruch der Beziehungen mit Israel, eine Militärmission der PLO, eine Hitlerstatue in jeder Stadt.“

Derartige Auslassungen des irischen Diplomaten und Schriftstellers Conor Cruise O’Brien veröffentlichte die Londoner „Times“ am 31. Oktober 1989 als Warnung vor einem wiedervereinigten Deutschland.¹⁰

Die ab 1992 in Deutschland einsetzende antifaschistische Agitation gegen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rassismus“, Reaktionen gegen den Zustrom von Asylanten, zeigt, gegen welche Regungen in der deutschen Bevölkerung politische Funktionäre und Meinungsführer der Medien glaubten massiv vorgehen zu müssen. Durch die wirtschaftliche, militärische und politische Einbindung Deutschlands in ein Vertragssystem glaubte man, die an sich gegenläufigen Absichten vereinen zu können: Auf der einen Seite wird Deutschland stärker in die internationale Pflicht genommen, um zur wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und politischen Unterstützung und Entlastung der USA und der anderen Westmächte beizutragen. Zugleich werden aber Alleingänge und eine mögliche Hegemonie durch Zügelung Deutschlands ausgeschlossen. Die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit durch die antifaschistische Propaganda ist ein wirkungsvolles Mittel, die deutsche Politik zu disziplinieren.

Dies wird besonders deutlich an den sogenannten „Feindstaatenklauseln.“ Vielgenannt, sind sie wegen der Kompliziertheit des völkerrechtlichen Problems kaum bekannt. Außerdem dürfte von Seiten der deutschen politischen Instanzen kein Interesse bestanden

¹⁰ zitiert in der FAZ vom 02.11.1989, S. 14

haben, der Frage öffentliche Aufmerksamkeit zu widmen. Deshalb seien die beiden Artikel, wie die „Klauseln“ korrekt bezeichnet werden sollten, aus der Satzung der Vereinten Nationen im Wortlaut wiedergegeben:

„Artikel 53,1: Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.

Artikel 53,2: Der Ausdruck ‚Feindstaat‘ im Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Artikel 107: Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkrieges in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaates dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.“

Die DDR hatte stets die Auffassung vertreten, in keiner rechtlichen oder sonstigen Kontinuität zum Deutschen Reich zu stehen und betrachtete diese Bestimmungen als für sich bedeutungslos, nicht aber in bezug auf die Bundesrepublik, die sich in einer rechtlichen Kontinuität zum Deutschen Reich sah.

Hier wird der Zusammenhang zwischen antideutscher und antifaschistischer Propaganda ganz klar. Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 wurde der Beschluß zur Einberufung einer Konferenz für die Gründung der Vereinten Nationen gefaßt. Bereits im Herbst

1944 hatten die USA, die UdSSR, Großbritannien und China vorgesehen, daß die Satzung der Vereinten Nationen Maßnahmen gegen die „Feindstaaten“, also gegen Deutschland, Japan und ihre Verbündeten, nicht behindern dürfe. Die Feindstaatenartikel hatten eine doppelte Funktion: Sie schufen ein Sonderrecht der Anti-Hitler-Koalition gegen Deutschland und seine Verbündeten. Für alle Maßnahmen gegen diese Staaten waren die UN nicht zuständig. Zum anderen wurde diesen „Feindstaaten“ das Recht verweigert, bei Streitigkeiten die Vereinten Nationen anzurufen, etwa bei Auseinandersetzungen über Kriegsfolgemassnahmen der Alliierten.

Den Feindstaaten wurde also die Qualität der Friedensliebe abgesprochen und ein Status minderen Rechts in der internationalen Gemeinschaft zugewiesen. Bis zum Abschluß und zur Ratifizierung des 2+4-Vertrages leiteten die vier Hauptverbündeten der Anti-Hitler-Koalition, die USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich aus den Feindstaatenartikeln ein Interventionsrecht ab. Strittig war, ob im Laufe der Jahre alle ehemaligen Feindstaaten oder nur Deutschland unter diesen Begriff fielen. Die Sowjetunion und die DDR bedienten sich bezeichnenderweise des Begriffs „antifaschistische Klauseln.“ Daraus folgt, daß die Aufrechterhaltung der Feindstaatenartikel ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war. Praktische Bedeutung gewannen sie während der Berlin-Blockade 1948/49, als die Sowjetunion die Auffassung vertrat, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sei nicht zuständig, da es sich bei den Maßnahmen der Moskauer Regierung um Aktionen gegenüber einem Feindstaat handele, die von Artikel 107 gedeckt seien. Dem widersprachen die Westmächte nur insofern, als es sich bei der Blockade nicht um eine gegen Deutschland gerichtete Maßnahme handele, sondern um einen Konflikt unter den ehemaligen Alliierten. Als im Herbst 1951 eine Delegation der UN Einreise in die DDR begehrte, um die dortigen politischen Verhältnisse zu prüfen und die Möglichkeit freier Wahlen zu erörtern, wurde dieser Delegation die Einreise mit der Begründung verweigert, die UN seien für Deutschland nicht zuständig. Auch hier wirkte der Vorbehalt der Feindstaatenartikel.

Während der Jahre zwischen 1967 und 1972 haben sie in der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzung öfter Beachtung gefunden.

In einem am 21. November 1967 übergebenen Memorandum berief sich die UdSSR zum ersten Male darauf, daß „die Feindstaatenklauseln der UN-Satzung der Sowjetunion auch nach dem Austausch von Erklärungen über den Gewaltverzicht (mit der Bundesrepublik Deutschland) noch ein Interventionsrecht in inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik geben.“ Die drei westalliierten Regierungen wiesen die Moskauer Ansprüche zurück. Sie erklärten, nach ihrem Verständnis lasse sich aus den Feindstaatenartikeln kein einseitiges (!) Interventionsrecht der Sowjetunion herleiten. Daraus folgt, daß auch die Westmächte ihre Rechte aus den Feindstaatenartikeln als nach wie vor geltendes Völkerrecht betrachteten. Im Zusammenhang mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen 1973 lebte die Diskussion wieder auf. Am 16. Februar 1973 nannte der CDU-Bundestagsabgeordnete Marx als eine Bedingung für die Zustimmung seiner Fraktion zum UNO-Beitritt, die Erklärung, daß die Bundesrepublik durch die Aufnahme die Qualität eines Feindstaates verliere, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Bundesrepublik ein Staat minderen Rechts sein werde, von militärischer Intervention bedroht, ohne sich an die Vereinten Nationen um Hilfe wenden zu können. Die Antwort der Bundesregierung verwies auf den Artikel 2 der UNO-Charta (Gewaltverzicht). Danach könne ein Staat, der UNO-Mitglied sei, kein Feindstaat mehr sein.

Eine Änderung der Charta oder ein Verzicht der früheren Alliierten wäre möglich gewesen, ist aber von der Bundesregierung weder verlangt noch von den anderen Regierungen angeboten oder zugestanden worden. Neben genereller Abneigung gegen Änderungen der Charta, die dann auch von anderen UNO-Mitgliedern für andere politische Probleme verlangt werden könnten, bestand das Interesse der USA wie der UdSSR, sich einen möglichst großen Einflußbereich den beiden deutschen Staaten gegenüber zu sichern.

Es trifft sicher zu, daß auch vor den 2+4-Verträgen von 1990/91 die praktische Bedeutung der Feindstaatenartikel gering gewesen ist. Sie hatten mehr moralische als praktische Wirkung. Keines der beiden Lager wäre zur Intervention im deutschen Einflußbereich des jeweils anderen imstande gewesen, ohne die Gefahr eines Krieges, wenn nicht gar eines Weltkrieges, heraufzubeschwören. Auch die Bundesregierung

war offenbar dieser Meinung und hat deswegen die Bedeutung der Feindstaatenartikel stets bagatellisiert. Bedeutungslos waren und sind sie aber dennoch nicht. Die aus ihrer Fortexistenz resultierende größere Verwundbarkeit der Bundesrepublik Deutschland hat sie zu einer engeren Anlehnung an die westlichen Verbündeten gezwungen, insbesondere wegen der verwundbaren Stellung West-Berlins. In der westdeutschen Interpretation hat man in der Weitergeltung der Artikel sogar einen Vorteil zu finden gewußt:

Angesichts der bis 1989/90 „offenen“ deutschen Frage wurde regelmäßig auf den Fortbestand der Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes hingewiesen. Alle internationalen Vereinbarungen, die diese Verantwortung berührten, sollten möglichst nicht angetastet werden, um die „offene deutsche Frage“ offen zu halten. So konnte man sogar in diesen diffamierenden Bestimmungen noch ein Positivum erblicken.

Mit dem Ende der Verantwortung der Kriegsgegner Deutschlands für „Deutschland als Ganzes“ 1991 haben die Feindstaatenartikel weiter an praktischer Bedeutung eingebüßt. Aufgehoben sind sie nicht, und es besteht auch nicht die Absicht, sie als nunmehr endgültig überholt zu beseitigen. Die Bundesregierung hat – im Gegensatz zu Japan – erklärt, sie wolle keine Anstrengungen unternehmen, die Artikel 53 und 107 aus der UNO-Charta zu streichen. Sie bleiben also, offen für völkerrechtliche Interpretationskünste, eine Möglichkeit politischer Manipulation. Sie bleiben ein zwar nicht aktuelles, aber potentielles Pressionsmittel Deutschland gegenüber.

Der Antifaschismus hat sich seit Jahrzehnten, sogar verstärkt seit 1992 („Fremdenfeindlichkeit“), als effektives innen- und außenpolitisches Manipulationsinstrument zur Disziplinierung der Deutschen erwiesen. In den folgenden Jahren, bis in die Gegenwart, hat sich bestätigt: Deutschland wird umworben und zugleich mit Mißtrauen betrachtet. Es soll finanzielle, militärische, politische Leistungen erbringen und Verpflichtungen willig übernehmen, aber auf keinen Fall Alleingänge unternehmen und Interessen vertreten können, die von anderen Staaten nicht gebilligt werden oder gar deren Interessen nicht entsprechen. Dem dient auch die Geschichtspolitik, die ein Geschichtsbild konstruiert, das auf keinen Fall zu Selbstbewußtsein,

Selbständigkeit und Aktionismus motiviert. Der Erfolg solcher Verhaltenssteuerung beruht auf einem Wohlstand, dessen befürchteter Verlust zur Hinnahme aller Zumutungen veranlaßt. Allerdings sind diese Verhaltensfaktoren labil. Das erklärt die Heftigkeit und die ständige Wiederholung der meinungslenkenden und verhaltenssteuernden Propagandaformeln. Der Antifaschismus hat sich als Instrument der Meinungslenkung und Verhaltenssteuerung bewährt und deshalb über alle politischen Veränderungen hinweg seine Funktion behalten.

An dieser Stelle liegt die Frage nahe, warum die systemstützenden Parteien und Verbände diesen z. T. gegen sie selbst gerichteten Antifaschismus mitgetragen haben.

Auf der einen Seite stehen die sogenannten „bürgerlichen“ Parteien, die CDU/CSU und die FDP, die sich zwar als antinationalsozialistisch verstehen, aber von linker Seite in Vergangenheit und Gegenwart antifaschistischen Verdächtigungen ausgesetzt waren und werden.

Die CDU war in den ersten Nachkriegsjahren in den allgemeinen Konsens einer antinationalsozialistischen Vergangenheitsbewältigung eingebunden. Zwar sollte in dieser Partei, die nach eigenem Verständnis aus dem „Geist des Widerstandes“ entstanden war, der Nationalsozialismus und autoritäre Traditionen der deutschen und vor allem der preußischen Geschichte überwunden werden. Eine Veränderung der Besitzverhältnisse mit dem Ziel einer sozialistischen Ordnung war aber trotz einiger christlich-sozialistischer Anätze generell nicht beabsichtigt. Schon früh hatte die CDU, die sich als Sammelpartei verstand, Schwierigkeiten bei der Abgrenzung nach rechts. Insbesondere in Norddeutschland und in Berlin, also in protestantischen Gebieten schlossen sich viele ehemalige Deutschnationale der CDU an. Die Partei stand vor dem Dilemma, einerseits in der protestantischen, kirchennahen Tradition dieser Gruppen zu stehen, andererseits aber deren Kooperation mit dem Nationalsozialismus verurteilen zu müssen. „Faschismus“ und „Antifa“ waren Kampfvokabeln, die von der Sowjetischen Besatzungszone aus bereits 1945 ihren Weg in die westlichen Zonen nahmen. Die CDU/CSU ist niemals in einem sozialistischen Sinne „antifaschistisch“ eingestellt gewesen, sondern es handelte sich um eine antinationalsozialistische

Haltung, die durchaus moralisch, antikommunistisch, christlich motiviert und fern jeder gesellschaftsverändernden Tendenz war. Obwohl es damals einen zeitweilig recht starken christlichen Sozialismus gab und selbst Konrad Adenauer dem kapitalismuskritischen Geist der Zeit verbalen Tribut zollte, so zogen doch weder Adenauer noch Jakob Kaiser aus den antikapitalistischen Redensarten Schlußfolgerungen, die einen Sozialisten hätten zufriedenstellen können. Der Nationalsozialismus wurde nicht ökonomisch, sondern moralisch „bewältigt“. Allerdings war diese moralische Distanzierung von opportunistischen innen- und außenpolitischen Interessen nicht frei.

Da die CDU/CSU den Nationalsozialismus nicht sozioökonomisch und soziostrukturell, sondern geistesgeschichtlich und moralisch deutete und auf diese Weise überwinden wollte, geriet sie in die Defensive, als im weiteren Verlaufe der deutschen Nachkriegsgeschichte das christliche Element für das öffentliche Leben an Einfluß verlor und soziostrukturelle Erklärungen des Geschehens wichtiger wurden. Gelegentlich haben rechte bis extrem rechte Parteien, wie die Sozialistische Reichspartei (1952 verboten), die Deutsche Reichspartei, die Republikaner, die DVU und die NPD Wahlerfolge erzielt. Dieser rechten Konkurrenz gegenüber beruft sich die CDU/CSU auf ihre antinationalsozialistischen, aus dem Widerstand kommenden „Wurzeln“. Insofern stützt sie sich auf liberale und christliche Elemente. Daneben steht die Distanzierung von einem sozioökonomisch argumentierenden „Antifaschismus“, dem es in Wirklichkeit um die Destabilisierung der „kapitalistischen Bundesrepublik“ geht. Von dieser Seite, unter ausdrücklicher Einbeziehung der SPD, ist die CDU/CSU als „bürgerliche“ Wirtschaftspartei selbst „faschistischer“ Tendenzen verdächtigt worden. Als sogenannte „Volkspartei“ ist die CDU/CSU aber auch auf jene Wähler angewiesen, die in der Tradition der Deutschnationalen standen. Dieses Wählerpotential aufzusaugen und so einer Konkurrenz mit neuen Parteien rechts von der CDU/CSU vorzubeugen, bzw. bereits bestehenden rechten Konkurrenzparteien die abgewanderten Wähler wieder abzujagen, bringt die Partei nicht nur in Schwierigkeiten mit der SPD, den Grünen, der DKP/SED/PDS/Linkspartei. Sie verursacht auch innerparteiliche Schwierigkeiten gegenüber dem eigenen linken

Flügel, der die Partei nach rechts abschotten will, um die „linke Mitte“ zu gewinnen.

Der CDU/CSU ist durch die „antifaschistischen“ Angriffe eine Rolle aufgezwungen worden, die sie wenigstens anfangs nicht gewollt hat: Ihre Ablehnung des Nationalsozialismus ist echt. Aber sie wollte und konnte nicht zu tief graben, weil dadurch deutlich wurde, daß der Nationalsozialismus eben nicht nur eine moralische Panne in der deutschen Geschichte darstellte, sondern soziale und geistesgeschichtliche Wurzeln in deutschen Traditionen hatte, die über die soziale Basis, das Bürgertum, auch Traditionen der CDU/CSU waren und sind. Diese Zwiespältigkeit macht die Schwäche dieser Partei in der Auseinandersetzung aus. Ihre Gegner zwangen ihr eine tiefergehende Diskussion über die sozioökonomischen und strukturellen Wurzeln des Nationalsozialismus und seine Bewältigung auf, die sie nicht führen konnte und wollte, ohne in Schwierigkeiten mit den eigenen Anhängern zu geraten. Der gerade im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts vielerwähnte Hinweis auf den Verlust des rechten, konservativen Flügels der CDU/CSU findet hier seine Bestätigung. Unterdessen hat die CDU/CSU den einstigen gegen jeden Extremismus gerichteten Antitotalitarismus praktisch aufgegeben (was sie verbal bestreiten würde). Das folgende Beispiel beweist das: Am 9. Mai 2007 fand im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Bewältigungsdebatte statt. Offizieller Anlaß: Der Jahrestag des Kriegsendes 1945, tatsächlich ging es um Propaganda gegen die seit der letzten Landtagswahl im Parlament vertretene NPD. SPD, CDU, FDP und die „Linke“ schlossen sich im trauten Verein gegen die NPD zusammen. Dieses antifaschistische „Bündnis der Demokraten“ trieb der CDU-Abgeordnete Armin Jäger auf die Spitze. Immerhin fiel ihm noch auf, daß an seiner Kumpanei mit der Linkspartei manche Mitglieder und Wähler der CDU Anstoß nehmen könnten. Das hört sich dann so an: „Meine Damen und Herren, wir haben unterschiedliche Bewertungen dieses achten Mai, natürlich, aber nicht in seiner Eigenschaft als Ende einer Gewaltherrschaft, nicht in seiner Eigenschaft als Tag der Befreiung. Das lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Pastors (NPD-Fraktionsvorsitzender), nicht nehmen, daß die Menschen befreit worden sind. (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei/PDS und FDP).

Es hat eben danach in dem geteilten Deutschland eine unterschiedliche Entwicklung gegeben, auch davor verschließen wir nicht die Augen. Aber, das sage ich jetzt an die Adresse der Kollegen von der Linkspartei/PDS, es ehrt Sie schon ein Stück, und das habe ich Herrn Holter (ehemaliger PDS-Landesminister) neulich persönlich gesagt, daß Sie zu Beginn einer damaligen Koalition eine Erklärung zum Bekenntnis zum Unrecht abgegeben haben, das die SED zu vertreten hatte. Das muß man erst mal über sich bringen, ehrlich vor der eigenen Vergangenheit zu sein. Nur das macht es mir möglich, wenn ich an diesem Pult stehe, daß ich sage ‚Wir Demokraten‘... (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei/PDS und FDP).“ Die CDU bezieht die SED-Nachfolger wegen einiger verbaler Konzessionen ins „demokratische Spektrum“ ein und grenzt sich, ganz im Sinne des Antifaschismus, nur gegen Rechts ab.

Auch die FDP bot in der Frühzeit der Bundesrepublik antifaschistischen Attacken Angriffsflächen. Nationalliberale und nationalistische Tendenzen waren in den ersten zwanzig Jahren nach 1945 in ihr stark. Der DGB veröffentlichte 1952 eine Liste von 50 ehemaligen Nationalsozialisten, die als FDP-Bewerber bei Kommunalwahlen z. T. erfolgreich kandidierten. Es war klar, daß der DGB eine gewerkschaftskritische Partei mit der Faschismuskeule schrecken wollte. Eine besondere Belastung für die FDP stellte die sogenannte „Naumann-Affäre“ dar. Der ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Dr. Werner Naumann, wurde im Februar 1953 von britischen Besatzungsbehörden zusammen mit einem Kreis ehemaliger höherer NS-Funktionäre, darunter eine Reihe von Gauleitern, unter der Beschuldigung verhaftet, die Unterwanderung und Instrumentalisierung der FDP zu rechtsextremen Zwecken geplant zu haben. Ganz offensichtlich hatte es sich bei diesem Eingriff einer früheren Feindmacht in die deutsche Innenpolitik um einen Warnschuß gehandelt. Denn nach kurzer Zeit gaben die Briten das Verfahren an deutsche Behörden ab, die es alsbald einstellten. Aber der FDP, die besonders in den beiden Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hessen unter den Vorsitzenden Dr. Friedrich Middelhauve und August Martin Euler einen nationalliberalen Kurs steuerte, war das Drohinstrument der Faschismuskeule gezeigt worden. Die FDP schwankte zwischen grundsätzlicher, moralisch begründeter

Ablehnung des Nationalsozialismus und dem Wunsch, ehemalige Parteimitglieder zu integrieren. Bei prinzipiell antinazistischer Einstellung konnte sie nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß erhebliche Teile ihrer Mitglieder der NSDAP angehört oder mit Teilen nationalsozialistischer Aussagen sympathisiert hatten. Den sozioökonomisch begründeten „antifaschistischen“ Argumenten stand auch die FDP ablehnend gegenüber, da sie selbstverständlich eine Instrumentalisierung des „Antifaschismus“ zur Herbeiführung einer antibürgerlichen sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bekämpfte. Vor der Notwendigkeit stehend, einerseits aus moralischen Gründen antinationalsozialistisch argumentieren zu müssen, ohne andererseits die sozioökonomischen Konsequenzen daraus zu ziehen, kann dieser „bürgerliche“ Antifaschismus mit Recht als hilflos bezeichnet werden.

Anders ist die Situation der sozialistischen Parteien. Hier sind die Kommunisten aus nahe liegenden Gründen die konsequentesten Antifaschisten. Da sie zu den Verfolgten der ersten Stunde der NS-Herrschaft gehörten, konnten sie nach 1945 auf eine einwandfreie antifaschistische Vergangenheit hinweisen. Die NS-KPD-Kumpanei im Kampf gegen die Weimarer Republik, insbesondere 1932 beim gemeinsam betriebenen Berliner Verkehrstreik, wurde ebenso dreist verschwiegen wie der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, der den Kriegsbeginn überhaupt erst ermöglichte. Trotzdem benutzten die Kommunisten den Antifaschismus als Kampfbegriff gegen alle jene Parteien, Politiker und Ideen, deren Entwicklung sich in irgendeiner Weise bis in die nationalsozialistische Zeit zurückverfolgen ließ. Als sehr nützlich erwies sich die 1947 gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die 1971 ihren Namen um den Bestandteil „Bund der Antifaschisten“ ergänzte. Hier wird der „Antifaschismus“ zielbewußt eingesetzt, um Bündnispartner zu gewinnen, um die Kommunisten über die moralische Komponente bei der Bewältigung der NS-Verfolgung, auch für jene akzeptabel zu machen, die sich sonst mit Kommunisten nicht einlassen würden. Die SPD hatte bereits früh einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die von Kommunisten beherrschte VVN verkündet. Er ist stets unterlaufen worden, und bis zur Gegenwart gehören zahlreiche Sozialdemokraten der VVN an.

Die SPD und der mit ihr aus traditionellen Gründen früher eng, heute lockerer verbundene Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bieten ein widersprüchliches Bild. Einerseits waren sie nach 1945, in der Zeit des „Kalten Krieges“, der „Solidarität der Demokraten“ verpflichtet, die sich sowohl gegen den Nationalsozialismus und seine Nachwirkungen als auch gegen den „realsozialistischen“ Kommunismus richtete. Andererseits standen sie in einer Tradition, die den „Faschismus“ als Ergebnis des Kapitalismus deutet. In der ersten Nachkriegszeit kritisierte die SPD die angebliche „Restauration“ und sah die Schuld für fortlebende gesellschaftliche Traditionen bei der Industrie und dem (Groß)-Bürgertum. Hier handelte es sich um traditionelle Feindbilder aus der Zeit der Weimarer Republik. Seit 1966 nahmen die Versuche zu, die CDU/CSU mit der NPD in Verbindung zu bringen. Bis in die Gegenwart erhebt die SPD Vorwürfe, die CDU/CSU mache rechtsextremes Denken und Reden „hoffähig“ oder bekämpfe den Rechtsextremismus nicht konsequent genug, etwa in der Frage eines erneuerten NPD-Verbotsverfahrens.

Die eigentlich antifaschistische Partei sind die Grünen. Schon in ihrer frühen Zeit, im Bundestagswahlprogramm 1987, heißt es: „Rechte Ideologien, insbesondere Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und Minderheitenhaß sind in der Bundesrepublik längst nicht überwunden ... Die Grünen sind eine antifaschistische Partei ... und wollen ... zu seiner (des „Faschismus“) Überwindung beitragen.“ Im Gegensatz zu den damaligen Sozialisten und Kommunisten war bei den Grünen das Interesse an theoretischer Vertiefung allerdings gering. Sie neigen dazu, ihre Anhänger eher mit aktuellen Konflikten als mit Theorien zu mobilisieren. Obwohl die Grünen insbesondere in ihrer Anfangszeit eine „junge“ Partei waren, die nur wenige Mitglieder hatte, die von der NS-Zeit berührt waren, ist der Antifaschismus eine wesentliche Fundamentalnorm dieser Partei. Dafür lassen sich zwei Gründe anführen: Einmal diente er der besonders in den Gründungsjahren extrem zerstrittenen Partei als Integrationsmittel, als gemeinsamer Nenner, auf den sich alle einigen können, so tief die Uneinigkeit auch sonst sein mag. Der andere Grund ist die hedonistische Lebenseinstellung. Der „Faschismus“ muß geradezu als Gegenposition zu einer auf Selbstverwirklichung zielenden Lebenseinstellung gelten,

bei der die Betonung der Individualrechte im Vordergrund steht. Der „Faschismus“ verlangt straffe Staatsdisziplin, Fleiß, Pünktlichkeit, Ordnung, Opfermut bis hin zur Opferung des Lebens. Dies gilt dem Hedonisten als autoritär.

Als der „real existierende Sozialismus“ 1989/91 recht kläglich zusammenbrach, erwarteten viele, mit dem Ende des diskreditierten Sozialismus auch das Verschwinden des Antifaschismus. Schien doch jetzt seine Funktion als außenpolitisches Pressionsinstrument der Sowjetpolitik beendet zu sein. Allerdings trat das Gegenteil ein. Die Furcht vor dem scheinbar mächtigen wiedervereinigten Deutschland hielt den Antifaschismus lebendig. Er diente jetzt der Disziplinierung der Deutschen und Deutschlands. Als innenpolitisches Kampfmittel diente er ab 1992 zur Abwehr der sogenannten „Ausländerfeindlichkeit“. Der diskreditierte sozialistische Antikapitalismus, mit dem angesichts der wirtschaftlichen Pleite des „Ostblocks“ kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken war, konnte als Antifaschismus überleben. Dessen sozioökonomische Komponente wurde zurückgestellt, die moralische hingegen betont. Die DKP und die SED/PDS/Linkspartei suchten – mit Erfolg – als „antifaschistische“ Parteien salonfähig zu werden.

7. Was wollen wir?

Hier gilt es, eine Ortsbestimmung der Gegenwart zu versuchen und das Ziel unseres Bemühens zu nennen. Droht ein Bürgerkrieg? Verschließen die Zeitgenossen vor dessen Gefahr die Augen, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“? (Palmström). Was kann man für den inneren Frieden und gegen die Verhetzung der Bevölkerung tun?

„Nie wieder Faschismus und Krieg!“ Dieses Schlagwort betet eine ewiggestrige Linke rauf und runter und erweckt damit den Eindruck, es könne zu einer Restaurierung des Nationalismus oder gar des Nationalsozialismus in historisch bekannter Form kommen. Man will oder kann mangels intellektuellen Vermögens nicht zur Kenntnis

nehmen, daß alle großen ideologischen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts Produkte seinerzeit vorhandener gesellschaftlicher Verhältnisse und eines bestimmten, heute nicht mehr existierenden und wirkenden Zeitgeistes waren. Nie wieder kann von Deutschland in seiner gegenwärtigen Verfassung ein Krieg ausgehen,

- weil die psychische Verfassung der Bevölkerung durch Propaganda, Wohlstand und Hedonismus sich von einer früheren kämpferischen Einstellung fortentwickelt hat;
- weil der demographische Wandel einem politischen Aktionismus im Wege steht. Der hohe Altersdurchschnitt der deutschen Einwohner verhindert Bereitschaft und Möglichkeiten zu einem größeren militärischen Engagement;
- weil ausländische Einwohner („Migranten“) hier gut leben und sich nicht etwa für Deutschland aufopfern wollen;
- weil die internationale Einbindung Deutschlands in politischer, militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht jede Eigenständigkeit und einen „Sonderweg“ verhindert.

Seit 1945, insbesondere seit dem epochalen Umbruch von 1989/91, hat sich unsere Lebenswelt rasanter verändert als in den Jahrzehnten davor. Deshalb sind die Gefahren, die heute der Selbstbestimmung und der persönlichen und nationalen Freiheit drohen, andere als zu früheren Zeiten. Heute drohen Gefahren von einer Öko-Diktatur, einer Bio-Diktatur (noch nicht absehbare gesellschaftliche und politische Auswirkungen der Gentechnologie), von einer Euro-Diktatur, der Herrschaft nicht oder nur unzulänglich legitimierter Euro-Bürokraten, die basisfern von der Bevölkerung einzelner Länder und ihren Problemen agieren, von einer Expertokratie, die wegen der zunehmenden Komplexität politischer, gesellschaftlicher, finanzieller und wirtschaftlicher Verhältnisse unverzichtbar, aber der Freiheit der Bürger abträglich ist. Das bewirkt eine Zunahme autoritärer Tendenzen. Es handelt sich bei der heutigen Demokratie allenfalls um eine demokratisch nur teilweise legitimierte Funktionseleiten-Herrschaft mit zunehmend autoritären und expertokratischen Tendenzen. Daraus ergibt sich die Folgerung: Wehret den Anfängen. Die Entwicklung hin zur Bevormundung der Bürger, zum Gesinnungsterror, zum Verbotsstaat, zur Gesinnungskontrolle und zum Meinungszwang ist

unverkennbar. Solange sie noch nicht verfestigt sind, ist Widerstand möglich. Eine moderne, nicht nostalgische konservative Bewegung kann sich heute als Bewahrerin persönlicher, aber auch nationaler, religiöser, sozialer Freiheit verstehen.

Wir stehen vor gewaltigen Veränderungen. Seit dem 18. Jahrhundert erleben wir laufend industrielle Revolutionen mit großen sozialen und politischen Wirkungen, die oft als Krisen vertrauter Werte und Strukturen betrachtet werden. Ein Schritt in diese Richtung war am Anfang des 19. Jahrhunderts die Erfindung der Dampfmaschine und die Umwandlung der Agrar- in die Industriegesellschaft. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts setzte sich mit der Automatisierung die zweite industrielle Revolution durch, die Informationstechnologie prägte die dritte und die Biotechnologie verspricht die vierte industrielle Revolution zu werden. Diese Skizze zeigt: Die Wenden und Wandlungen verlaufen in immer kürzeren Zeiträumen.

In diesem Zusammenhang muß auch das Anwachsen der Weltbevölkerung erwähnt werden. Gegenwärtig leben sechs Milliarden Menschen auf der Erde. Es wird prognostiziert, daß es in kurzer Zeit neun Milliarden sein werden. Angeblich kann die Erde zwanzig Milliarden verkraften, allerdings nur, wenn sie Wasser trinken und Sojabrei essen. Die heute bekannten geradezu luxuriösen Lebensumstände wären nicht nur, was die Ernährung betrifft, sondern auch, was die Freiheit zur Wahl zwischen Alternativen der Lebensgestaltung angeht, beendet. Eine Folge der ungleichen Vermehrung der Menschheit erleben wir bereits: Die Migration und ihre Folgen werden in der Regel nur unter dem Primitivschlagwort „Ausländerfeindlichkeit“ dargestellt. Vor Jahren bereits hat Samuel P. Huntington vom Zusammenprall der Kulturen (Clash of civilizations) gesprochen. Das, was wir als „Migration“ und „Ausländerfeindschaft“ erleben, ist der Beginn dieses Zusammenpralls. So sieht das aus!

Eine abwägende Betrachtung sollte berücksichtigen, daß das deutsche Volk diese biopolitische Wandlung zwar überstehen kann, aber doch erheblich verändert, genauso, wie andere europäische Völker auch. Die heutigen Völker haben ihre Zusammensetzung stets verändert, sie sind sterblich, ähnlich wie Individuen. Allerdings umfaßt ihre Lebensdauer andere Zeiträume als die des Einzelmenschen und

erweckt deswegen wohl fälschlich den Eindruck ewigen Lebens. Dennoch sollten aber negative Erscheinungen nicht passiv und ohne Gegenwehr hingenommen und eigene traditionelle Positionen nicht kampflos aufgegeben werden. Viel wäre gewonnen, wenn eine rein emotionale Betrachtung dieser kaum vermeidbaren Entwicklung vermieden würde. Eine rationale Analyse könnte zur Milderung von Spannungen, zur Vermeidung von Rassenkriegen führen. Ob allerdings Wissenschaft und Politik imstande sein werden, diesen Weg der Vernunft zu gehen, ist nach dem bisherigen Verlauf der Menschheitsgeschichte mehr als zweifelhaft. Dennoch! Im Interesse des Überlebens der Menschheit unter freiheitlichen, kulturell, sozial und wirtschaftlich annehmbaren Verhältnissen ist es den Versuch wert.

8. Was haben wir zu erwarten, zu fürchten, zu hoffen?

„Die Stimmung ist schlechter als die Lage“, heißt es manchmal. Leben wir doch seit Jahrzehnten im Frieden und in einem nie gekannten Wohlstand. Und dennoch (oder gerade: deshalb?) richtet sich die bange Erwartung an die Zukunft. Wir beschäftigen uns hier mit einem wichtigen und unerfreulichen Teilproblem der politischen Mentalität, dem Antifaschismus. Fragen wir also: Ist er wirklich diese Aufmerksamkeit wert? Ist die Abwehr einer vermuteten Gefahr nötig? Wird nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen? Es hat doch viele Feindvorstellungen gegeben, die sich als unbegründete Gespensterfurcht erwiesen haben: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Zeit des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890. Die damals befürchtete Revolution blieb aus. Die „Achtundsechziger“ erwiesen sich als theoretisierende Maulhelden. Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hatte mörderische Wirkung, aber keinen systemumstürzenden Erfolg. Auch in der internationalen Politik blieb der befürchtete und bekämpfte Sieg des „Realsozialismus“ aus. Und da sollte in der heutigen Bundesrepublik ausgerechnet die machtlose „Rechte“ gefährlich werden? Sehr unwahrscheinlich! Aber da die Zukunft verhüllt ist und die Erwartungen pessimistisch klingen, wird die Furcht nicht zu nehmen

sein. Für die Etablierten ist sie als Manipulationsmittel nützlich, weil Angst ein bewährtes Herrschaftsmittel ist. Die Faschismuskeule ist – wie auch andere Feindbilder – gut geeignet, die Bürger in den Pferch des Wohlverhaltens zu treiben.

Bisher haben alle Erwartungen getrogen, der Antifaschismus werde mit der Zeit seine vergiftende Wirkung verlieren. Das Ende des „Realsozialismus“ hat ihn eher noch gestärkt. Geht es doch darum, das vereinte und scheinbar mächtigere Deutschland innen- und außenpolitisch zu disziplinieren. Aber es zeichnet sich ab, daß allmählich infolge des demographischen Wandels neue, andere Probleme auftauchen. Die NS-Vergangenheit verliert als Druckmittel ihre Bedeutung, weil sie für Zuwanderer („Migranten“) nichts bedeutet. Der Anti-Islamismus scheint die Funktion des Antifaschismus als integrierende Feindvorstellung zu übernehmen. Das 21. Jahrhundert wird weitere Wandlungen der Strukturen und Werte mit sich bringen. Voraussagen sind nicht möglich, aber eine verantwortungsbewußte, mißtrauische Kontrolle der Entwicklung ist durchaus angebracht.

Die bisherige Untersuchung des Antifaschismus ist eindeutig kritisch und ablehnend. Um der Objektivität willen soll aber auch die Frage gestellt werden, ob etwas für ihn spricht. Beherzigen wir die allgemeingültige Erkenntnis: Die Wirklichkeit ist nicht rein und eindeutig wie die Theorie. Wer in der Politik Ideale kompromißlos verwirklichen will, landet im Totalitarismus. Also spricht etwas für den Antifaschismus? Da wäre zunächst einmal sein Doppelgesicht zu erkennen: Die moralische Komponente einerseits und die sozioökonomische, antikapitalistische andererseits.

Es gibt moralische Antifaschisten, die ganz ehrlich und ohne persönliche, politische und finanzielle Vorteile gegen das sind, was ihnen als „rechts“, als „faschistisch“ oder als „faschistoid“ gilt. Sie wollen ehrlich und ernsthaft keine Härte, Gewalt, Krieg, Kampf, keinen Haß, keine Bevormundung. Wer die Analyse des Verhaltens an dieser Stelle abbricht, kommt zum Urteil: ehrliche und ernsthafte moralische Absichten. Aber der Analytiker muß weiterdenken und fragen, wie politische Einstellungen zustande kommen, warum sie in ein bestimmtes Verhalten münden. So führt die Antihaltung unvermeidbar wieder zu Ausgrenzungen. Das kann gar nicht anders sein und so

kann der Antifaschismus nicht ehrlich und moralisch wirken. Ehrlich und moralisch können nur einzelne äußerliche Merkmale sein. Deshalb ist er zur Tarnung gut geeignet. Wer aber hinter die Tarnung schaut, erkennt das Doppelgesicht und die untrennbare Einheit des moralischen und des interessengeleiteten sozioökonomischen Antifaschismus.

Was also spricht für den Antifaschismus? Die isolierte Betrachtung einer Komponente, nämlich der moralischen. Was spricht gegen ihn? Die Erkenntnis seines Doppelcharakters, die es unmöglich macht, der Moral zu vertrauen.

Das Fazit zeigt uns: Der Antifaschismus ist ein Symptom für

- zunehmende Unfreiheit,
- wachsende Bevormundung (autoritäre Tendenzen, Verbots-Demokratie),
- Herrschaft aktiver Minderheiten (Minderheitenterror),
- Pseudomoral,
- negativen Einfluß von Rest-Ideologien (Sozialismus-Ersatz) und
- Kriminalisierung immer weiterer Meinungen, Gewohnheiten, Verhaltensweisen.

Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei – auch Bedeutung und Einfluß des Antifaschismus. Allerdings sollte man nicht nur auf die Automatik des Geschichtsablaufes vertrauen. Etwas überwinden heißt auch, eine Alternative anzubieten. Für die Konservativen, für eine demokratische Rechte heißt das, sie sollten sich bemühen, aus der Rolle der ewigen Reaktionäre herauszufinden und zu agieren, statt nur zu reagieren. Hin zu welchem Ziel? Zur Wahrung der persönlichen Freiheit und der nationalen Selbstbestimmung. Dabei ist der Wandel der Verhältnisse zu berücksichtigen. Es sollte darauf hingewirkt werden, den gewaltsamen Umsturz durch revolutionäre Aktionen zu verhindern, den unvermeidbaren, ja notwendigen Wandel aber rational zu steuern.

Auch wenn alle bisherigen Erfahrungen gegen ein Gelingen dieses Vorhabens sprechen – wann in der Geschichte hätte je die Vernunft über den Trieb gesiegt – einen Versuch ist es trotzdem wert.

9. Zusammenfassung für den eiligen Leser

Diese Zusammenfassung in Form von Thesen soll eine Antwort auf die Frage geben, warum wir uns in der Gegenwart kritisch mit dem Antifaschismus beschäftigen. Ist er wirklich so bedeutend? Wie ist auf ihn zu reagieren?

1.) Der Antifaschismus zeigt seit seinen Anfängen als Reaktion auf Mussolinis Herrschaftsbeginn in Italien 1922 ein Doppelgesicht: Ein moralisches und ein soziostrukturelles. Die moralische Antivorstellung wird vor allem von Liberalen und Christen vertreten („Nie wieder Faschismus und Krieg!“ – „Wir müssen doch alle gegen nazistische Inhumanität sein!“). Die soziostrukturellen Argumente vertreten Sozialisten. Der sog. „Faschismus“ gilt ihnen als Ergebnis des Kapitalismus. Die Kapitalisten halten sich die „Faschisten“ als Schutztruppe gegen den antikapitalistischen Sozialismus. Konsequenter Antifaschist kann deshalb nur sein, wer den Kapitalisten die materielle Basis entzieht, mit dem diese den „Faschismus“ fördern könnten. Antifaschismus muß also konsequenterweise Sozialismus sein.

2.) Die sozialistische Zielrichtung des Antifaschismus ist den sogenannten „Bürgerlichen“ nie klar geworden.

3.) Antifaschismus ist das Einfallstor für die Einschränkung der persönlichen Freiheit. Unter dem Vorwand, Freiheit und Humanität zu wahren, werden ebendiese beschnitten. Der linke Soziologe Herbert Marcuse hat in seiner Abhandlung über „Repressive Toleranz“ dargelegt, daß Toleranz denen verweigert werden müsse, die als Konservative das real existierende repressive System konservieren wollen. Nur denen, die gegen dieses System opponieren, kann Toleranz entgegengebracht werden.

4.) Die Schwäche der nichtsozialistischen Parteien in Deutschland (fälschlich als die „Bürgerlichen“ bezeichnet) beruht auf ihrer Gründungsgeschichte. Nach der NS-Katastrophe mußten sie notwendigerweise „antifaschistisch“ auftreten. Sie waren in einer Defensivposition, weil sie sich gegen Beschuldigungen wehren

mußten, ab 1933 mit dem NS-Staat kooperiert zu haben, zum Beispiel durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 der Etablierung der NS-Herrschaft aktiv zugestimmt zu haben.

5.) Manche „bürgerlichen“ Antifaschisten betonen ihre Gesinnungstüchtigkeit, um ihre oder ihrer Angehörigen Nähe zum Nationalsozialismus zu kompensieren.

6.) Jahrzehntlang, bis zum Ende des „Realsozialismus“ (1991) galt der Antitotalitarismus, der sich gleichermaßen gegen den Extremismus von rechts wie von links wendete. Von linker Seite schon immer als „Kampfbegriff des Kalten Krieges“ abgelehnt, hat der Antitotalitarismus seit dem Ende des „Realsozialismus“ stark an Bedeutung verloren. Der einseitig gegen „Rechts“ gerichtete Antifaschismus hat sich auch bei den „Bürgerlichen“ als Fundamentalnorm durchgesetzt. Während die Ablehnung des Linksextremismus schrumpfte – die SED/PDS/Linke gilt selbst der CDU/CSU und der FDP als „demokratische Partei“ – wurde die Ablehnung der „Rechten“ ausgedehnt, von Extremisten auf konservative, religiöse und „bürgerliche“ Rechte in Geschichte und Gegenwart.

7.) Wer den Antifaschismus bekämpft, gilt den Linken – logisch – als „Faschist“. Tatsächlich ist aber der Gegner des Antifaschismus antitotalitär, nicht einseitig antikommunistisch oder „faschistisch“ orientiert.

8.) Die Konservativen und sonstigen „Rechten“ sind zu keiner effektiven Gegenwehr gegen linke, antifaschistische Angriffe imstande. Hedonismus und Wohlleben gelten als zeitgemäß, „rechte“ Werte und Traditionen als hart, kriegerisch, opferwillig und damit als unzeitgemäß.

9.) Der Antifaschismus hat nach wie vor Bedeutung wegen seiner außen- und innenpolitischen Doppelfunktion. Vor 1989 schürte die Sowjetunion die Furcht vor dem angeblich in Westdeutschland fortwirkenden „Faschismus“, um den Ostblock durch diese vermeintliche Bedrohung zusammenzuhalten. Nach der deutschen Einigung 1990 ging es auch den westlichen Staaten verstärkt um die Einbindung des angeblich übermächtigen neuen Deutschland. Innenpolitisch geht es darum, die Bevölkerung im Sinne der Etablierten folgsam zu erhalten.

10.) Eigennutz ist eine Triebfeder in der Wirtschaft und in der Politik. Politische und finanzielle Interessenvertreter bedienen sich häufig des Antifaschismus zum eigenen Vorteil. Dem gilt es wegen seiner volksverhetzenden, aufspaltenden Wirkung entgegenzutreten.

10. Literaturübersicht

Ein Thema wie den Antifaschismus wissenschaftlich nüchtern zu untersuchen, ist schwierig. Es ist unmöglich, dies ohne Wertung und emotionales Engagement zu tun. Gerade deshalb ist eine kurze Übersicht über die seriöse Literatur nötig. Damit soll dem interessierten Leser die Möglichkeit zu weiteren Informationen geboten werden. Vor allem geht es darum, die von den etablierten Medien und der „politisch korrekten“, d.h. opportunistisch angepaßten Wissenschaft beschwiegenen Veröffentlichungen ins Bewußtsein zu heben. „Beschweigen“ heißt: Die Titel werden gar nicht oder allenfalls ganz kurz und dann noch mit negativer Tendenz erwähnt. Angesichts der Fülle von Neuerscheinungen fallen sie nicht auf. Aber immerhin: Total verschwiegen werden sie nicht, nur eben nicht empfohlen. Objektivität wird vorgetäuscht.

Das aufschlußreichste und informativste Werk zu unserem Thema ist das Buch von Claus M. Wolfschlag: Das „antifaschistische Milieu“. Vom „Schwarzen Block“ zur „Lichterkette“. Die politische Repression gegen „Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik Deutschland. Graz: L.Stocker-Verlag 2001. Sehr materialreich, viele Literaturangaben! Erheblich älter, aber aufschlußreich für die Ursprünge des Antifaschismus ist: Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Berlin: Ullstein-Verlag, 2. Aufl. 1994.

Weitere wichtige, hier benutzte Literatur:

1. Autorenkollektiv gegen Totalitarismus: Antifa heißt Gewalt. Feuer und Flamme für jeden Staat. Tübingen: Grabert-Verlag 2002. Eine

von wahrscheinlich sechs anonymen Autoren verfaßte rechte Abrechnung mit vielen sachlichen Hinweisen und Nachweisen.

2. Der Bundesminister des Inneren: Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Bonn, 1. Aufl. 1990, 2. Aufl. 1994. Hier haben wir es mit einer in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerten Schrift zu tun. Der damalige Bundesinnenminister gab durch das heute nicht mehr bestehende Referat IS 7 (= Abteilung Innere Sicherheit, Referat zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus) unter einer Reihe von Broschüren auch diese, gegen den Antifaschismus gerichtete, heraus. Trotz hoher Auflage sind diese Veröffentlichungen im Buchhandel und in Bibliotheken wegen fehlender ISDN-Nummer kaum zu haben. Wenn erreichbar, sollte man gerade diesen Text in der Absicht zur Kenntnis nehmen, die veränderte Einstellung fort vom Antitotalitarismus und Hinwendung zu dem in dieser Broschüre noch abgelehnten Antifaschismus zu erkennen. Unter den sieben Aufsätzen des Sammelbandes sei hier der Beitrag von Wanda von Baeyer-Katte: Psychologische Bedingungen des Antifaschismus (S. 21 – 38) hervorgehoben.

3. Wolf Calebow: Auf dem Weg zur Normalisierung. 15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden. Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz 1999. Es handelt sich um den geradezu erregenden Erfahrungsbericht eines ehemaligen Angehörigen des bundesrepublikanischen auswärtigen Dienstes. Im Generalkonsulat in New York und in der deutschen Botschaft in Washington hatte er die Aufgabe, das Verhältnis zu den jüdischen Organisationen der USA zu bessern. Er berichtet ohne die üblichen Versöhnungs- und Freundschaftsphrasen offen über Erfolge, aber auch über Feindschaft, Mißtrauen, Intrigen, Interessenpolitik. Brennend interessant, schonungslos und deswegen mit verlegenem Schweigen behandelt.

4. Samuel P. Huntington: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Europa-Verlag 1996. Die Gefahr des Zusammenpralls der Kulturen („Clash of Civilizations“) wird prognostiziert, was den Multi-Kulti-Romantikern gar nicht gefällt.

5. Lars Normann: Rechts im Spiegel von Links. Die Zeitschrift „blick nach rechts“ als Symptom politischer Kultur der Bundesrepublik

Deutschland. München: Grin-Verlag 2008. Kritische Analyse einer sozialdemokratisch-antifaschistischen Zeitschrift, die weniger wegen ihres Niveaus, aber wegen ihrer politischen Verbindungen zur SPD ein Symptom der politischen Kultur der Bundesrepublik ist.

6. Tim Peters: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht. Wiesbaden: VS-Verlag 2006. Eine linke bis linksextreme Partei wird mit Hilfe des Antifaschismus salonfähig.

7. Bernhard Rabert: Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Von 1970 bis heute. Bonn: Bernard und Graefe Verlag 1995. Enthält Angaben zur Bedeutung des Faschismusvorwurfs seitens der deutschen Linksterroristen.

8. Roland Roth und Anke Benack: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2003. Übersicht über die finanzielle Förderung des Antifaschismus, Stand bis 2003. Trotz SPD-Nähe nicht unkritisch. Die Ergebnisse dieser Schrift wurden im Bundestag (24. Sitzung am 12. 2. 2003) kontrovers diskutiert.

9. Peter Bender: Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas. Berlin: Severin & Siedler 1981 und

10. Karl Dietrich Bracher: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Stuttgart: DVA 1982.

Es erscheinen laufend neue kritische Schriften über und gegen den Antifaschismus. Wie deren Erfolgsaussichten zu beurteilen sind, ist ein Thema der vorliegenden Broschüre.

Der Antifaschismus dient als Gängelband und Nasenring, um Deutschland und die Deutschen den ausländischen Wünschen gegenüber gehorsam, zahlungsbereit und leistungswillig zu halten. Dem politischen Establishment der Bundesrepublik dient er als pseudomoralischer Vorwand, demokratische Rechte abzubauen und Freiheiten einzuschränken.

Deshalb sollte der Antifaschismus bekämpft werden. Der erste Schritt dazu ist seine Enttarnung durch Aufklärung, um die wir uns hier bemühen.



Die vermummten Fußtruppen des Antifaschismus